

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Grünschnitt-Sammelaktion jetzt ausweiten

GR. Dr. **Piffli-Percevic** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den ersten dringlichen Antrag heute auf unserer Liste. Es nennt sich „Grünschnitt-Sammelaktion jetzt ausweiten“, die zuständige Stadträtin Lisa Rücker ist, glaube ich, jetzt nicht im Saal... wie schnell Wünsche in Erfüllung gehen können. Lisa, wenn das auch für den Inhalt dieses Antrages gilt, dann ist es ein voller Erfolg. Zur Sache: Es hat in den letzten Tagen, Wochen beachtliche kleinere Naturkatastrophen gegeben. es sind ganze Waldteile, Buschreihen und auch Einzelbäume regelrecht zusammengebrochen, abgebrochen, niedergebrochen. Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch bei allen städtischen Mitarbeitern in den Wäldern, aber auch bei der Bevölkerung, bedanken, denn es war nur im Ineinandergreifen unabhängig von Kompetenz möglich, ich erinnere mich auch bei meiner Nachbarschaft, wir drei Nachbarn haben eine städtische Hecke geräumt oder niemand angerufen, sondern die Motorsägen waren da und das ist erfolgt, ist auch schon abgeführt worden von der Stadt, was dort am Straßenrand gelagert wurde. Also ich möchte mich wirklich bei allen, auch bei der Feuerwehr, bedanken, wir haben hier wirklich übergreifend geholfen. Was aber in unseren Gärten noch liegt, nicht nur wie alljährlich, sondern in erheblich zusätzlichem Ausmaß ist eben dieses Schadholz, der Grünschnitt kommt jetzt noch dazu. Ostern ist heuer, wie wir wissen, ist keine Prognose, sondern das wissen wir, um drei Wochen später als sonst. Das kalendermäßige Ostern, das wettermäßige Ostern ist hoffentlich schon mitten im Anzug, also die Leute wollen und können auch schon ihre Gärten aufräumen. Die Bitte wäre, es ist eine Bitte, es ist kein Auftrag, eine Bitte erstens: Eine Woche vor Ostern und eine Woche nach Ostern haben wir diese traditionelle Grünschnittaktion, um eben das anstelle von

Osterfeuern, das ist ja ein Beitrag zum Umweltschutz, auch bewerkstelligen zu können. Das vielleicht vorzuverlegen auf zwei Wochen vor Ostern oder ab Mitte März, unter Umständen auch auszuweiten zeitmäßig heuer. Zweiter Punkt: Wir haben drei Sammelstellen in unserer Stadt, davon sind im Grazer Westen eigentlich keine, denn die Sturzgasse liegt ja an der Mur und ist im Süden. Um Verkehrswege zu ersparen, um die Umwelt durch diese Kleintransporter und Anhänger nicht noch zusätzlich zu belasten, wäre es dringend geboten, zumindest einmal jetzt im Grazer mittleren Westen eine solche Sammelstelle zu machen. Wir haben uns auch den Kopf zerbrochen und auch mit der Landwirtschaftsseite des Landes gesprochen, es wäre eine Möglichkeit, Vorgespräche hat es gegeben, in der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof so eine kontrollierte Sammelstelle für 14 Tage einzurichten. Entweder, das dort städtisch abholen zu lassen oder sogar örtlich zu verhäckseln und als Landwirtschaftsdünger zu verwenden. Das wäre eine Möglichkeit, ich bitte dich, Lisa, einfach das zu verfolgen, vielleicht gibt es eine Möglichkeit, zig-, zig-, zig Kilometer von Fahrten würden dadurch eingespart werden. Es gibt im Übrigen auch für den mittlern Osten, weil es ist, wie gesagt, im Nordosten und im Südosten eine Sammelstelle, aber da haben wir nicht vorgearbeitet.

In diesem Sinne stelle ich den Antrag und bitte um Unterstützung, hier den Bürgerinnen und Bürgern von Graz auch an die Hand zu gehen und einen mehrfachen Beitrag zum Umweltschutz auch durch solche Bemühungen zu leisten. Vielen herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege! Gerne komme ich auf ein paar Punkte auch zu sprechen, weil einen Punkt zum Beispiel, den du dir gewünscht hast, kann ich dir schon als erfüllt rückmelden. Wir haben auch deswegen, weil Ostern heuer liegt, wie es liegt, die Aktion auf vier Wochen ausgedehnt. Sie wird einen ganzen Monat

stattfinden vom 29.3. bis zum 26.4. Die Aktion, sage ich nur noch dazu, kostet 60.000 Euro, das muss man einfach immer auch dazusagen, dass damit Kosten verbunden sind. Prinzipiell ist eine Frage der Ausweitung, der weiteren Ausweitung immer mit finanziellen Mehrleistungen verbunden, heißt natürlich, auch einen Gesellschafterzuschuss zu erhöhen, das muss man immer dazusagen. Wie du richtig gesagt hast, wurde die Aktion ja auch als Feinstaubmaßnahme eingeführt, diese Osteraktion, weil eben die Osterfeuer verboten wurden und es sollte den BürgerInnen soweit wie möglich entgegengekommen werden. Ich möchte einfach trotzdem noch erläutern, was sonst noch alles passiert, damit man sieht, dass eigentlich viele Serviceangebote das ganze Jahr über bestehen. Es gibt eine Grünschnittabholung, das wirst du sicher wissen, größere Mengen Grünschnitt werden abgeholt, kostet immer pauschal 75 Euro und da kommt der Lkw zu dir nach Hause und holt das ab. Es gibt Grünschnitt-Säcke, jeder und jede können sich Grünschnitt-Säcke entweder direkt im Recycling-Center oder bei den Service-Stellen der Stadt Graz abholen, die kosten pro Stück 2.64 Euro. Ich denke, das ist zumutbar und wenn diese Säcke dann einfach gelagert werden, werden die mitgenommen bei der Entsorgung. Das heißt, es ist auch eine Möglichkeit, sich einen Weg zu ersparen, gilt das ganze Jahr. Weiters gibt es den Häckseldienst der Firma Ökoservice, der dir auch bekannt ist, der ja auch von der Stadt mitsubventioniert wird, wo man privat sich auch diesen Häckselservice nach Hause holen kann. Also das ist nur so dieses Potpourri, das da ist, um eben ganz bewusst möglichst Wege zu verhindern beziehungsweise auch jenen Menschen entgegenzukommen, die gar keine Transportmöglichkeiten haben. Jetzt noch zur vorgeschlagenen Standorterweiterung, generell, wir werden dem Antrag auch zustimmen, das zu prüfen, generell muss man dazu sagen, und das wirst du auch aus den ganzen Diskussionen mit den Bezirken wissen, braucht es, um Abfälle, und dazu gehört auch der Grünschnitt, zu entsorgen, aus dem Abfallwirtschaftsrecht auch immer eine Genehmigung. Das heißt, das kann man nicht einfach so machen, sondern dazu braucht es auch vom Land her eine Genehmigung, das muss man dann prüfen, diese rechtlichen Voraussetzungen

müssen natürlich gegeben sein, wenn man dem nahe tritt. Generell ist der Idee nichts Negatives abzugewinnen. Wichtig ist, was kostet es und wie ist es rechtlich möglich. Aber prinzipiell stimmen wir dem zu, das einfach noch einmal näher zu prüfen. Aber wie gesagt, wir versuchen hier, möglichst umfassend BürgerInnen entgegenzukommen, obwohl die Mittel dafür nicht wirklich ausgeweitet wurden, wie du genau weißt. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Eheschließungen transparenter und planbarer machen

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich darf diesen Heiratsantrag heute hier vorbringen. Ich darf gleich vorwegschicken, nein, es ist nicht in eigener Sache und darf vielleicht auch sagen, nachdem der Titel vielleicht auf etwas schließen lässt, was gar nicht der Inhalt wirklich bringt, damit das planbarer ist, die Eheschließungen, glaube ich, gibt es genügend Internetplattformen mittlerweile, also wir haben uns eher mit der organisatorischen Aufarbeitung auseinandergesetzt. Und zwar ist es so, für alle, die in Graz sich gerne trauen oder verpartnern wollen, ist es nicht möglich, länger als ein halbes Jahr vorher den Termin auszumachen und alle, die große Veranstaltungen planen möchten und auch planen, wissen, dass man große Locations frühzeitig buchen muss und damit dann alles auch

wohl am schönsten Tag im Leben auch wirklich zusammenbringt, ist es wichtig, dass das früher möglich ist und machbar ist.

Daher darf ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

einbringen: Dass die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, ein transparentes System zu entwickeln, das auch langfristige Planungen rund um die Eheschließungen ermöglicht und dem Gemeinderat ehebaldigst darüber zu berichten. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Wir haben im Vorfeld schon gesprochen, es war für mich bisher jetzt noch nie dringlich, mich zu verheiraten oder zu verpartnern, aber das Anliegen verstehe ich. Danke, dass du aufgenommen hast unseren und auch Martinas Vorschlag oder Erweiterung, dass auch die eingetragene PartnerInnenschaft mitaufgenommen werden, das war für uns wichtig und ist auch der Grund, dass wir dem zustimmen können. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Selbstverständlich kann man dem Antrag inhaltlich zustimmen, keine Frage, alles, was vereinfacht, ist angenehmer. Ich möchte aber trotzdem zu dem Thema ganz kurz einen Brief von heute Morgen aus dem BürgerInnenamt kurz vorlesen, nur auszugsweise, auch nur ganz kurz: „Die bisher eingehaltene Sechs-Monats-Frist hat natürlich einen rechtlichen Hintergrund. Die für das Aufgebot vorzulegenden Abschriften aus den

Geburtenbüchern der Brautleute dürfen nicht älter als sechs Monate sein. Zum dringlichen Antrag von Frau Gemeinderätin Kaufmann kann nur gesagt werden, dass unlängst genau dieses Thema angesprochen wurde. Es wurde beschlossen die Möglichkeit der Terminreservierung länger als sechs Monate vor der Eheschließung zu ermöglichen.“ Dann wird hier schon ein bisschen ins Detail gegangen. Abgeschlossen wird der Brief mit „außerdem planen wir, einen Kalender ins Internet zu stellen, aus welchem freie Termine ersichtlich sind“. Man hätte sich den Antrag vielleicht ersparen können, wenn man vorher kurz beim Amt angefragt hätte. Deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen auch auf der Tribüne! Ich möchte mich auch noch einmal bei der Fraktion, also unser Zusatzantrag ist eingebaut worden, dass gleichgeschlechtliche Paare auch in dem System berücksichtigt werden, dann möchte ich mich bedanken, letztes Mal habe ich njet gesagt, dieses Mal sage ich spasiba (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Nur ganz kurz. Warum es dringlich ist, wollte ich eigentlich nur noch erklären, weil jetzt dann die Hochzeits- und Heiratssaison so quasi ansteht und somit auch das ein Jahr vor den nächsten Eheschließungen für 2015 dann ist, deswegen ist es dringlich.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Keine Lizenzvergabe für das „Kleine Glücksspiel“ durch das Land Steiermark

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Offizielle Zahlen des Landes Steiermark sprechen von 60.000 bis 80.000 direkt und indirekt von der Spielsucht Betroffenen. Strikte Kontrollen der gesetzlichen Regelungen, die die Profitmacherei damit einschränken, sind das Mindeste, was die öffentliche Hand machen kann.

Vonseiten des Landes Steiermark ist nun geplant, ab 1. Jänner 2016 die Kontrolle der neuen Automaten den Bezirksverwaltungsbehörden zu übertragen – gleichzeitig werden die an die Kommunen zu leistenden Abgaben durch die Novelle des Glücksspielgesetzes zur Gänze wegfallen.

Da weder zusätzliche finanzielle Mittel beziehungsweise eine Personalaufstockung in Aussicht gestellt werden, sind die Kosten für die Kontrollen unmittelbar von der Stadt Graz als Bezirksverwaltungsbehörde zu tragen. Der Verwaltungsaufwand wäre enorm und eine wirkliche Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen massiv erschwert.

Die einfachste Lösung – im Sinne sowohl der von Spielsucht Betroffenen als auch der eingeeengten finanziellen Spielräume der Kommunen – wäre, keine neuen Lizenzen zu vergeben, wie das in Wien, Vorarlberg, Salzburg und Tirol gemacht wird und in Kärnten zumindest angedacht wird.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Landtag wird aufgefordert, auf die Vergabe von Lizenzen für Glücksspielautomaten in der Steiermark zu verzichten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich danke dem Kollegen Fabisch für den Antrag. Es ist eigentlich eine Materie, die zwei Themenbereiche beinhaltet. Das eine ist das Gesundheitliche, das mit dem Thema der Sucht, und das andere ist das Soziale und da hätte ich mir gewünscht vielleicht beim Antrag, aber das ist kein Abänderer, was ich beantrage, dass man vielleicht statt dieser 60.000 bis 80.000 Menschen eigentlich die Familien in den Vordergrund schiebt. Die Familien, die davon betroffen sind, dass die Eltern, also hauptsächlich sind es Männer, die Väter, die zur Spielsucht neigen und wir daran verdient haben in den letzten Jahre oder zumindest bestimmte Sektoren in unserer Gesellschaft und da würde ich dafür plädieren, dass man diesen Antrag unterstützen, weil es geht ja um die Familien, die steirischen Familien, die darunter leiden und wenn man sich die Schuldnerberatungsstatistik des letzten Jahres anschaut, dann rangieren diese Problemfelder an sechster Stelle, ziemlich weit vorne. Und da sollte man das schon berücksichtigen, wenn wir an die Landesregierung den Antrag stellen, dass keine weiteren Gesetze vergeben sollen, also wir werden diesen Antrag in der Dringlichkeit und auch im Inhalt unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Ein Gesetz diesbezüglich ist am Werden, wenn wir, das Thema ist grundsätzlich dringlich, auch dafür haben wir uns

schon einige Male stark gemacht. Allerdings, wenn wir das jetzt eigentlich auf die Reise schicken, stellt sich die Frage, ob das eigentlich noch beim Landesgesetzgeber eigentlich rechtzeitig ankommt. Grundsätzlich ein Verbot für die Ausspielungen allein, was das Gebiet Steiermark angeht, wird wohl nicht sinnvoll sein. Außerdem wissen wir auch aus einigen Studien, dass es durchaus dann im Hinterzimmer sich verlagert und die gesamte Suchtproblematik nicht verändert. Aus diesem Grund muss es eigentlich unser Ziel sein, dass wir in die Prävention, dass wir in die Aufklärung und dass wir in eine Unterstützung auch derer, die suchtgefährdet sind, investieren (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Danke für den Antrag. Ich wunder mich ein bisschen, dass jetzt diese Gesetzeswerdungsfrist da gezogen wird, weil es ist spannend, wenn da in der Stadt alle einstimmig sind, wenn das auf Landesebene auch so wäre, dass die Fraktionen, die hier dafür sind, innerhalb ihrer Fraktionen an die eigenen Landeskollegen/-kolleginnen schon längst das Thema herangetragen hätten, dann hätten wir auch solche Bestimmungen, wie es sie zum Beispiel längst in Salzburg und Vorarlberg gibt. Also es gibt die Möglichkeit von der Landesebene her, eine Entscheidung gegen das Glücksspiel und gegen die Situation dahinter zu treffen und ich denke mir, das wäre dringend angebracht und ich ersuche die Fraktionen, die hier dafür stimmen in irgendeiner Weise...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das Gesetz ist ja schon in Begutachtung.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ja, aber es wäre ja früh genug gegangen, weil das Übel kennt ihr genauso lange wie wir alle. Wenn ihr jetzt dagegen seid, dann wart ihr hoffentlich vor einem Jahr auch schon dagegen und das wäre gut gewesen, das auch zu kommunizieren und vielleicht kann man da eine bisschen stringenter Haltung in den eigenen Parteien entwickeln, das wollte ich nur noch auf die Reise mitgeben.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Dazu möchte ich anmerken, dass es diese Meinungsunterschiede auf unterschiedlichen Ebenen, glaube ich, in allen Fraktionen gibt. Bei der Sozialraumorientierung würde ich mir auch wünschen, dass die Landes-Grünen da so denken würden, wie die Grazer Grünen das 2008 gesehen haben.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege von den Grünen, lieber Nibaldo! Ich habe es ja im Antrag drinnen, direkt und indirekt von der Spielsucht Betroffener. Selbstverständlich sind da die Familien gemeint, wer denn sonst, und das geht natürlich jetzt vor allem auch an die ÖVP, die sich ja so gerne als Familienpartei auch betrachtet. Denkt an die tausenden Familien, die durch diesen Wahnsinn, durch diese gezielt geförderte Sucht gefährdet sind, zerrissen sind und zerstört wurden. Ich glaube, es braucht ein klares Bekenntnis der Stadt Graz, ganz egal, wann der Landtag das beschließen möge, es braucht ein klares Bekenntnis der Stadt Graz, und Prävention und Aufklärung schließen diesen Antrag ja nicht aus, um Gottes Willen. Wir werden immer dafür eintreten, genauso auch wie bei anderen Problemstoffen, das ist ja klar. Ich glaube, es ist nicht Zufall, aus lauter Angst vor Illegalität etwas nicht verhindern zu wollen, das kann es nicht sein. Auch der Waffenhandel, der Rauschgifthandel, auch gewisse Dinge in der Gesellschaft sind

nicht erlaubt und geschehen trotzdem und trotzdem haben wir die Aufgabe, dagegen aufzutreten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen sechs Stimmen der ÖVP) angenommen.

4) Abhaltung einer Enquete über Modelle und Möglichkeiten zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs

GR. **Krotzer** stellt namens der KPÖ und der Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Krotzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie! Die Verkehrsproblematik ist ein Dauerbrenner in der Stadt Graz und kostet die VerkehrsteilnehmerInnen viel Zeit, Geld und Nerven. Gleichzeitig stellt es für viele Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt durch den Feinstaub auch ein Gesundheitsrisiko dar. Jetzt haben wir die Situation, dass sich alle Parteien zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs bekennen, scheitern tut es allerdings am lieben Geld. Es gibt zwar parteienübergreifend weitgehend Einigkeit darüber, bei den mittel- und langfristigen Ausbauplänen für den öffentlichen Verkehr, bei den Möglichkeiten zu deren Finanzierung gehen allerdings die Meinungen sehr deutlich auseinander. Um den daraus resultierenden Stillstand zu überwinden, wäre es wichtig, die unterschiedlichen Konzepte auf dem Tisch zu haben und eingehend darüber zu diskutieren. Wie man so schön sagt, beim Reden kommen die Leute zusammen. Dass hier dringender Handlungsbedarf da ist, glaube ich, darüber gibt es überhaupt keine

Diskussion. Ich möchte in dem Zusammenhang auf einen Artikel aus der Kronen Zeitung vom 8. Februar verweisen, wo von einem Finanzierungsbetrag von 253 bis 300 Millionen Euro bis 2021 die Rede ist. Der Redakteur Gerald Richter hat damals geschrieben, für den Öffi-Ausbau müsste die Stadt wohl serienweise den Lotto-Jackpot knacken. Jetzt haben wir gerade die Situation, dass sich zumindest 42 von 48 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten gegen das Glücksspiel ausgesprochen haben, insofern sollten wir über sinnvolle Finanzierungsprojekte sprechen und in dem Zusammenhang möchte ich gleich auf ein Vorurteil eingehen, das hier im Gemeinderat immer wieder in Bezug auf die Fraktion der KPÖ zu hören ist und zwar, wir würden immer nur fordern, hätten allerdings keine Konzepte zur Finanzierung. Hier ist genau das Gegenteil der Fall, die KPÖ Graz fordert seit vielen Jahren für die Stadt eine Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahn-Steuer, also eine Abgabe der Dienstgeber in der Höhe von zwei Euro pro DienstnehmerIn und Woche. Das ist mit den in Wien gültigen Ausnahmen für Klein- und Kleinstbetriebe jedenfalls zumutbar und die Unternehmen profitieren sogar von der besseren Verkehrserschließung. Von so einer Nahverkehrsabgabe sind zusätzliche Einnahmen jährlich von 30 Millionen Euro für die Steiermark zu erwarten, die dann natürlich zweckgebunden für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwendet werden müssen. Warum das notwendig ist, drei Gründe dazu, der erste ist genannt, 253 bis 300 Millionen Euro, die notwendig sind dafür, zweitens ist auch klar, man kann die Menschen nicht weiter schröpfen, indem man die Tarife immer weiter erhöht und drittens glaube ich, ist man sich auch einig, dass die öffentlichen Haushalte, ja wir, hier große Probleme haben, wie wir das auch in der Debatte über die Schulen erlebt haben und hier muss man natürlich auch andenken, wie kann man zusätzliche Gelder lukrieren. Und da ist es ja, um auch darauf hinzuweisen, in Österreich ja nicht so, dass überhaupt kein Geld da wäre, sondern hier auch ein massives Ungleichgewicht in der Vermögensverteilung da ist und wir nur eine Zahl nennen. Es ist so, dass in Österreich das reichste oberste Prozent 469 Milliarden Euro besitzt, das vereint 37 % des Gesamtvermögens auf ein Prozent der Bevölkerung. Mir

ist es natürlich klar, dass es hierzu unterschiedliche Standpunkte gibt, aber wir sollten endlich konkret darüber reden, die Karten auf den Tisch legen, darum bitte ich um die Annahme des Antrages und freue mich auf eine fruchtbare Enquete im Interesse des öffentlichen Verkehrs und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird damit beauftragt, bis Jahresende eine Enquete einzuberufen, zu der folgende Vortragende eingeladen werden:

- je ein Experte, eine Expertin, der/die von den im Gemeinderat vertretenen Parteien nominiert wird,
- ExpertInnen der zuständigen Ämter und Abteilungen der Stadt Graz und des Landes Steiermark sowie
- ein/e VertreterIn des Wiener Magistrats, der oder die das Modell der als „U-Bahn-Steuer“ bekannten Wiener Dienstgeberabgabe vorstellt.

Ziel ist es, durch das Vor- und Zur-Diskussion-Stellen verschiedener Möglichkeiten und Modelle zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs einen Prozess anzustoßen, der es letztlich möglich macht, auf mittlere und lange Sicht die Finanzierung wichtiger Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs sicherzustellen. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.20 Uhr den Vorsitz.

GR. **Haberler** zur Dringlichkeit: Geschätzter junger Kollege! Wir sind gleich lange im Gemeinderat und es wäre vielleicht gut gewesen, sich vorher zu informieren, für das das Land Steiermark die zuständige Gebietskörperschaft ist. Und es ist landesgesetzliches Thema und deswegen hätte ich irgendwie an dem Punkt auch gedacht oder ich bitte euch, dass ihr das auch ins Land tragt, ihr habt ja auch den Landtagsklub.

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Tun wir eh.

GR. **Haberler**: Immer geht es bei der KPÖ darum, die was Leistungsträger unserer Gesellschaft sind, die Arbeiter, die sollen wieder zahlen, zwei Euro und der Rest...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Haberler**: Die Dienstgeber, nein, es geht auf den Lohn, es geht immer nur auf die, die arbeiten und da verwehren die Dringlichkeit. Die ist von unserer Seite nicht gegeben, weil wir nicht einmal für das zuständig sind und deswegen werden wir die Dringlichkeit ablehnen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Dringlichkeit dieses Antrages, zum Inhalt werde ich dann später, wenn es dazu kommen sollte, bin nicht ganz sicher, einen Abänderungsantrag stellen, weil das ist schon richtig, das ist nicht hundertprozentig richtig adressiert, ohne Land geht gar nichts, aber das werden wir dann noch anschauen. Ich denke mir, dringlich ist es schon, wir reden hier sehr lange darüber, alle Parteien haben diesen Wunsch, verschiedene Zugänge dazu allerdings, deswegen wird es auch wichtig sein, ernsthaft darüber zu reden. Aber es ist halt nicht viel passiert. Jetzt könnte man sagen, es ist schon so lange unterwegs, da kann gar nichts dringlich sein, aber ich glaube, das wäre der falsche Weg. Vor fünf, sechs, sieben Jahren der Koalitionsverhandlungen haben wir darüber gesprochen, da gehört unbedingt was aufgestellt, wir sind nicht sehr viel weitergekommen, wenn ich ehrlich bin, liegt natürlich auch am Land, keine Frage, aber ich glaube, eine bisschen besser organisierte Enquete wäre der richtige Weg. Deswegen sage ich jetzt noch einmal, wir sind auf jeden Fall für die Dringlichkeit. Ich hoffe, dass das mehrheitlich so gesehen wird, dann kann ich meinen Abänderungsantrag auch noch stellen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Pacanda**: Lieber junger Herr Kollege Haberler! Vielleicht zur Aufklärung, eine Nahverkehrsabgabe, so wie es jetzt in dem Modell vorgeschlagen ist, ist eine Dienstgeberabgabe, gerade als Unternehmer aus unternehmerischer Sicht zu zahlen, ist aber nicht vergleichbar mit der Nahverkehrssteuer, die lohnsteuerbeziehungsweise lohnwirksam wäre, das heißt, es ist eher auf der Dienstgeberseite, für die Dienstgeber natürlich ein eigenes Thema, aber es ist keine Massensteuer, die sozusagen jeden Einzelnen im Lohn beschneidet, also das vielleicht als Korrektur, um vielleicht die Dringlichkeit auch bei der ÖVP dann dementsprechend zu erreichen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Ich möchte der Ordnung halber nur anmerken, wenn man als Antragsteller mit drauf ist, steht einem zur Dringlichkeit kein Rederecht zu. Aber wir haben es trotzdem gerne gehört.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, Herr Antragsteller! Ich habe gar nicht gewusst, dass die KPÖ einen neuen Verkehrssprecher hat, weil Kollege Krotzer tut sich ja sonst eher bei den ideologischen Dingen hervor, wenn er gegen einen Akademikerball demonstriert und die Straße sperrt, also war jetzt sehr überraschend. Inhaltlich, Kollege Haberler hat ein paar Punkte schon gesagt. Verkehrspolitische Finanzierungsfragen sind politische Verhandlungen, die laufen natürlich ständig, unser Stadtrat ist da natürlich immer bemüht, beim Land und im Bund für unsere Sache Werbung zu machen. Es gibt ja auch schon genug Gremien, regionales Verkehrskonzept zwischen Graz, Graz-Umgebung und es ist also alles im Laufen. Wenn man schon eine Enquete fordern würde, wir haben es eben schon gesagt, dann gehörten alle Finanzierungspartner an einen Tisch, das Land, die Graz-Umgebung-Gemeinden, der Bund, aber wie gesagt, es ist weder ein dringlicher noch ein nötiger Antrag, weil es passiert ohnehin (*Applaus FPÖ*).

GR. **Krotzer**: Das Missverständnis, was Dienstgeber und Dienstnehmer betrifft, ist vom Philip dankenswerterweise aufgeklärt worden, sonst heißt es ja immer, die Kommunisten verstehen nichts von Wirtschaft, aber in dem Fall war es einmal anders (*Applaus KPÖ*). Ich möchte, in dem Fall auch ungewöhnlich, das wird den Kollegen Lohr abermals überraschen, wenn ich jetzt zitiere und zwar will ich zitieren den Verkehrsstadtrat Eustacchio wieder aus der Kronen Zeitung vom 8. Februar, wo er

sagt, auch wenn es mich ärgert, aber allein schaffen wir den Bim-Ausbau nicht. Besonders der Bund muss endlich auf Graz schauen, nicht nur auf Wien. Richter schreibt dann weiter: Stimmt, wenn der Bund trotzdem wieder auf Graz pfeift, dann sieht es düster aus für die Öffi-Zukunft. Ich sehe da eine gewisse Widersprüchlichkeit darin in den Aussagen, weil ich glaube, das Ganze kann man ja auch unterstützend für die Verhandlungen sehen und hier auch noch einmal mein Appell an die ÖVP-Fraktion, ich glaube, es ist höchste Zeit, dass aus der Stadt Graz auch ein deutliches Signal kommt in die Richtung, dass wir mehr Geld und dass wir mehr Unterstützung für den Ausbau und für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs brauchen und daher noch einmal mein dringlicher Appell, diesem Antrag auch zuzustimmen. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Ich erlaube mir eine Anmerkung, weil wir wieder über Dienstnehmer und Dienstgeber diskutieren. Es sind alles Lohn-Nebenkosten und diese berühmten Lohn-Nebenkosten verursachen mittlerweile im internationalen Wettbewerb, auch in Österreich, große Probleme. Und wenn ich gemeinsam mit dem Herrn Stadtrat Eustacchio und gemeinsam mit der Frau Vizebürgermeisterin gestern eine Pressekonferenz gegeben habe, weil wir uns sehr bemühen, dass wir zumindest die Jugendarbeitslosigkeit niedrig halten, dann ist das ein Thema, das es zu berücksichtigen gilt und wenn die jungen Gemeinderäte, die hier Vorschläge gemacht haben, vielleicht ein bisschen zurückblättern, ich habe als Bürgermeister in den vergangenen Jahren, so wie auch meine Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, schon so manche Vorschläge gemacht, weil es unumgänglich ist, dass wir eines Tages im zweitgrößten Ballungsraum Österreichs, der nämlich so gewaltig wächst, auch Bundes- und Landeshilfe benötigen werden. Ich habe damals gesagt, damit die Streiterei aufhört, ist das jetzt ein Beitrag der Dienstnehmer oder der Dienstgeber. Letzten Endes zahlen es immer die Bürgerinnen

und Bürger. Und mich hat in letzten Monaten etwas gestört und da sind jetzt, glaube ich, nicht mehr allzu viele Journalistinnen und Journalisten da, aber wir feiern unheimlich ab in den Zeitungen, wie toll es doch sein kann, wenn wir im Energiebereich jetzt günstiger den Strom beziehen können und wir wollen uns zusammenschließen möglichst zu Hunderten und zu Tausenden, damit die Energieunternehmen nicht mehr die Gewinne machen und das möchte ich heute da einmal sagen, wenn unsere Energieunternehmen, zumindest die der Stadt Graz, keine Gewinne mehr machen, dann können wir damit, wenn wir den öffentlichen Verkehr nicht mehr finanzieren, das Hemd ist uns immer näher als der Rock, aber dass der Aufruf da ist, gegen unsere eigenen Energieversorgungsunternehmen unbedingt ins Feld zu ziehen, damit die keine Erträge mehr machen und wir steuerfrei, das haben wir in den 60er-Jahren vernünftigerweise da herinnen beschlossen, unsere Vorgänger, haben wir ein Problem. Irgendwer wird den Verkehr zahlen müssen und das werden wir alle sein müssen, wenn wir einen gescheitern wollen á la Schweiz, und deswegen habe ich einmal den Mut gehabt, ich habe es ausprobiert und interessanterweise hat es keine Gegenreaktionen großartigerweise gegeben. Ich habe gesagt, es möge doch jede Steierin und jeder Steirer einen Betrag zahlen müssen, ich habe das damals vorgeschlagen in der Höhe 9.90 Euro, ich habe ein bisschen provoziert, ich habe gesagt, das, was die SAT-Schüssel draußen kostet oder zwei Packerl Zigaretten, sollte man auch dem öffentlichen Verkehr gönnen. 9.90 pro Monat, es sollen alle zahlen und die, die sich die Jahres- und Halbjahreskarten kaufen, sollen das wieder zurückkriegen, so einfach ist das, weil dann sind die, die es nutzen, nicht dauernd belastet und umgekehrt. Leider Gottes auch keine Resonanz. In Wien wird erst jemand reagieren, wenn auf Landesebene endlich einmal ernsthaft darüber nachgedacht wird. Aber im Moment kriegen wir das nicht hin. Ihr könnt mich gerne verpflichten oder versuchen zu verpflichten, dass ich eine Enquete... aber deutlicher kann ich eh schon nicht werden, ich habe es in den letzten Jahren schon mehrfach versucht, deutlich zu machen, dass wir das wollen. Im Gemeinderat wissen alle, wir werden das brauchen, der Nahverkehr wird so etwas von wichtig werden,

weil wir ersticken. Wir werden weder den ÖV mit den jetzigen Mitteln so ausbauen können und die Takte noch verdichten, wir werden den Straßenbau, wenn ich so sagen darf, auch noch weiter fördern, das ist eh alles kontraproduktiv, Graz-Umgebung ist der am stärksten wachsende Bezirk Österreichs seit einem Jahrzehnt und Graz ist die prozentuell stärkste wachsende Stadt Österreichs jetzt. Es gibt keinen zweiten so großen Ballungsraum nach Wien wie Graz und erst wenn wir eine steirische Lösung gefunden haben, können wir in Wien mit demselben Recht, wie für die Wiener U-Bahn, vielleicht für Investitionen einen Zuschuss erhalten, davon bin ich überzeugt. Deswegen, es ist halt wieder einmal ein Vorstoß und man kann sich wieder einmal zusammensetzen, aber eigentlich ist das eine Angelegenheit, die auf Landesebene schon längst hätte erkannt werden müssen, es ist nur leider noch nie dazu gekommen. Das wollte ich nur noch einmal anmerken, weil ich leide sehr darunter und kann mich erinnern, was auch die damalige Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, unsere heutige Stadträtin, hat genügend Vorschläge gemacht, wir haben das immer wieder probiert, aber das ist Angelegenheit des Landes, sich über die Stadt auch Gedanken zu machen und über diese hunderttausend Einpendler jeden Tag und ich will nicht auf den Streit herunterkommen. Mich würde es interessieren, Herr Krotzer, was hat die KPÖ für einen Vorschlag, ist es nur das Wiener Modell oder habt ihr eine andere Idee? Ich habe einmal Meinen auch gesagt, habt ihr eine Idee, wie man das noch gestalten könnte, damit die Sozialpartner nicht zum Streiten kommen, das könnten man dann später diskutieren (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Teile SPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Frühbetreuung an städtischen Volksschulen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Wenn man Kinder hat, ich habe ja die Ehre und das Vergnügen, zwei davon zu haben, dann ist es immer und ein täglicher Balanceakt zwischen, was traue ich dem Kind zu und wie weit beschütze ich mein Kind vor möglichen Gefahren. Diese Frage stellen sich Eltern praktisch täglich und müssen die auch für sich beantworten. Und der Antrag, den ich hier stelle, betrifft, denke ich, ein wichtiges Gebiet, wenn Kinder dann zum Schuleintritt in die Schule gehen müssen, ist die Frage, ab wann sind die Kinder in der Lage, selbst in die Schule zu gehen, in der Früh sich eventuell sogar schon ein Stückweit selber fertig zu machen und wie lange bringt man die Kinder noch begleitet in die Schule. Das ist aber leider für viele Eltern keine freie Entscheidung und für viele Eltern ist es eben nicht möglich, dass sie sich nach dem Kind und nach den Bedürfnissen des Kindes richten. Meine Damen und Herren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen, Männer ist eine tägliche Herausforderung und es ist eine wichtige Verantwortung, dass die außerhäusliche Betreuung für die Kinder bestmöglich erfolgt. Das ist im Kindergarten, in der Kinderkrippe bereits nicht immer ganz einfach, die Wahl der Betreuung richtet sich leider oft nicht nur nach pädagogischen Kriterien, sondern sehr oft schlichtweg nach Betreuungszeiten und ähnlichen Dingen und, obwohl es eigentlich sich ausschließlich nach dem Kind richten sollte, ist es oft so, dass man nach praktischen Kriterien, wie Öffnungszeiten, entscheiden muss.

Wenn Kinder in die Schule kommen, hört man immer wieder, dass es noch komplizierter ist, es gibt Ferienzeiten, es gibt schulfreie Tage, es gibt Fenstertage und Ähnliches und gerade für kleine Kinder, die eben noch möglichst viel Betreuung brauchen, ist dies oft sehr schwer zu handlen. In der Stadt Graz ist viel passiert, es gibt ein großes Angebot, Gott sei Dank, die Ganztagesplätze werden immer mehr, die

Stadt Graz hat sich auch in ihrer Bildungsstrategie wieder dazu bekannt, Ganztageschulen weiter auszubauen, wo allerdings noch eine Lücke klafft, ist das Thema der Frühbetreuung und damit ist quasi die Zeit gemeint, die vor einer Viertelstunde vor Unterrichtsbeginn ist. Zum Teil ist das eben um dreiviertel acht möglich, zum Teil auch schon um halb acht möglich, dass die Kinder ins Schulhaus kommen und dort auch qualifiziert von Pädagoginnen und Pädagogen betreut werden. Viele Eltern pendeln aber oder sind alleinerziehend oder arbeiten im Krankenhaus und haben daher noch viel früher Bedarf an qualifizierter Betreuung für ihre Kinder.

Ich darf damit zum Schluss kommen, der Antrag, den ich stelle, lautet: Der zuständige Stadtrat für Bildung möge den Bedarf für Frühbetreuung an den städtischen Volksschulen erheben lassen und gegebenenfalls eine Überprüfung in Auftrag geben, wie dieser Bedarf abgedeckt werden kann, um damit mit den für die Umsetzung relevanten Stellen in Verhandlung zu treten (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. **Hohensinner**, MBA zum Antrag: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra! Danke für deinen Antrag. Dein Anliegen ist auch unser Anliegen, ich habe schon beim vorigen Stück gesagt, dass ich jetzt sehr viel in Schulen unterwegs war und ich habe auch den Bedarf persönlich festgestellt. Natürlich wäre der Landesschulrat wahrscheinlich die geeignete Stelle, die den Bedarf wirklich systematisch feststellen könnten. Aber wir werden jetzt keine Petition machen, wir nehmen das selbst in die Hand. Einen Bedarf prüfen und ich freue mich jetzt schon, dass wir dann gemeinsam zum zuständigen Landesrat Michael Schickhofer gehen und gemeinsam mehr Personal für die Stadt einfordern (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Danke, lieber Herr Stadtrat, lieber Kurt für die Unterstützung und dass du das gerne in Angriff nimmst, ich unterstütze dich da natürlich auch mit Tat und Rat, wenn nötig. Es ist nur leider nicht ganz so eindeutig die Lage, dass der Landesrat dafür zuständig ist. In Wirklichkeit ist die Frühbetreuung eben ein sehr schlecht geklärtes Thema noch und deswegen auch idealerweise in Form einer Gruppe, einer Arbeitsgruppe, dann auch zu klären und ich hoffe sehr, dass wir da zu einer Lösung kommen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Mehrwertsteuerabzugsfähigkeit für kommunale Gebietskörperschaften

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen! Ich meinem Antrag geht es um die Vorsteuerabzugsfähigkeit für kommunale Gebietskörperschaften. Auf der öffentlichen Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung steht ein Stück zur Abstimmung, das sich mit der Standortentwicklung für die öffentlichen Pflichtschulen der Stadt Graz befasst. Das wurde sehr intensiv diskutiert. Stadtrat Hohensinner hat hinlänglich Stellung dazu bezogen. Unabhängig von seinem Inhalt bringt dieses Stück finanzielle Begleitumstände mit sich, die aus Sicht einer kommunalen Gebietskörperschaft – im konkreten Fall aus Sicht der Stadt Graz – ein bereits mehrfach moniertes Ärgernis darstellt.

Im Falle einer baulichen Realisierung und einer tatsächlichen Kostentragung durch die Stadt Graz müssten, resultierend aus der aktuellen Rechtslage, 20% an Vorsteuer an

die Republik Österreich abgeführt werden. In diesem Zusammenhang dürfen wir Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gemäß des Sitzungsprotokolls vom Gemeinderat vom 17. Oktober 2013, also vor etwas mehr als vier Monaten, wie folgt zitieren: „Dass wir im Moment 20% Mehrwertsteuer an die Republik Österreich zahlen müssen, halte ich schlichtweg für einen Skandal. Wir Gemeinden sollen Schulen ausbauen, weil man das ja offiziell als unsere Aufgabe geregelt hat, ... und bei jedem Schulausbau müssen wir jetzt 20% Mehrwertsteuer beim Bund abliefern. Aber wenn man mehr Raum schaffen muss, und das mehr Geld kostet, wir auf der anderen Seite aber auch mit Maastricht und Stabilitätspakten neue Fesseln angelegt bekommen haben, dann müssen wir irgendwo diesen Freiraum wieder bekommen, und ich sehe das vor allem bei der 20-%igen Mehrwertsteuer.“

Diesen Ausführungen können wir uns aus freiheitlicher Sicht nur anschließen und dürfen daher mit einer entsprechenden Initiative die Notwendigkeit, in diese Richtung aktiv zu werden, auch im Gemeinderat wieder in Erinnerung rufen.

Es ergeht somit folgender

dringlicher Antrag:

Der Herr Bürgermeister Siegfried Nagl wird höflich gebeten, sowohl im Städte- und Gemeindebund, aber auch auf parteipolitischer Ebene – im Rahmen seiner Möglichkeiten – auf die im Motivenbericht dargestellten Probleme der Stadt Graz hinzuweisen, wobei vor allem das Ziel verfolgt werden soll, die Mehrwertsteuerabzugsfähigkeit für kommunale Gebietskörperschaften zu ermöglichen. Eine weitere Zielsetzung dieser Bemühungen sollte die Bildung einer Allianz aller Städte und Gemeinden sein, die bei künftigen Finanzverhandlungen auf die Umsetzung dieses Zieles hinwirkt. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Vielen Dank, Herr Gemeinderat Hötzl! Ich darf mich namens meiner Fraktion gleich zu Wort melden in dieser Causa. Es hat mich selten etwas so aufgeregt wie diese Entscheidung im Jahr 2012, als die Regierung beschlossen hat, dass künftig Gemeinden in puncto Vorsteuerabzug so beschnitten werden. Ich habe damals persönlich mit der Finanzministerin Maria Fekter telefoniert und konnte zumindest noch erreichen, dass das geplante Inkrafttreten nicht der 1. April 2012 war, sondern wir bekamen dann eine Übergangsfrist bis zum 1.9.2012, was uns in der Stadt Graz sehr geholfen hat, ist bundesweit dann so gekommen, weil wir zumindest alle begonnenen Schulprojekte, die wir mit der GBG hatten auch noch, wenn ich so sagen darf unter einer Vorsteuerbetrachtung noch umzusetzen, das war das Erfreuliche. Ich bin auch nicht müde geworden, das Richtung Wien zu sagen, sowohl auf der parteipolitischen Ebene als auch über den Städtebund und den Gemeindebund. Ich möchte darauf verweisen, dass es so gut wie kein einziges Papier des Städtebundes und Gemeindebundes gibt, auch jetzt in Vorbereitung auf die neue Regierung Wunschprogramm etc. es war sogar im Forderungspaket aller Länder, dass das herauskommt. Leider ist es wieder nicht passiert. Ich habe Mitte Februar unseren Finanzdirektor gebeten, da er das auch mit seiner Abteilung gut gemacht hat, mir noch einmal Möglichkeiten aufzuzeigen, die wir Richtung Wien senden können, damit dieser Unfug ein Ende hat. In einer Zeit, in der bundespolitisch alle Fraktionen darüber reden, dass wir als Schulerhalter, und das sind einmal die Städte und Gemeinden, für Mittagessen, Mittagsbetreuung, für Nachmittagsbetreuung und zusätzlich noch, weil wir auch in den städtischen Gebieten so viele Kinder haben und die von den Regionen eher Richtung Städte gehen, so viele Schulausbauten umzusetzen haben, dass wir diesen Vorsteuerabzug wieder dringend benötigen. Welche Möglichkeiten gibt es, und ich habe Mitte Februar, und das will ich Ihnen heute auch zur Kenntnis bringen, wir gehen mit bei der ganzen Geschichte, aber Sie sollen es nur wissen, habe ich an den neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses, und das ist immerhin ein Grazer, Mag. Andreas Zakostelsky von der ÖVP-Fraktion hat das von mir bekommen, weil ich gesagt habe, wenn ich im Ministerium an den

Sektionschefmauern scheitere, dann versuche ich es zumindest jetzt auch einmal über das Parlament. Ich hoffe, dass das auch funktionieren wird. Und wir haben Vorschläge gemacht, die aus unserer Finanzdirektion stammen, um die Errichtung, den Ausbau und die Sanierung der Schulinfrastruktur nicht zu gefährden und die Bildungsoffensive vorantreiben zu können, ist im Sinne eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs der Schulbereich wenigstens in Höhe der Umsatzsteuer zu entlasten und dazu zwei alternative Vorschläge: Erstens: Der Schulbereich wird wie der Kindergartenbereich umsatzsteuerlich als unternehmerisch mit Recht auf Vorsteuerabzug, zum Beispiel durch Erweiterung des Kreises der sogenannten fiktiven Betriebe gewerblicher Art § 2 Abs. 3 UStG aus 1994 verändert. Als Betriebe gewerblicher Art im Sinne dieses Bundesgesetzes gelten Wasserwerke, Schlachthöfe, Anstalten zur Müllbeseitigung, zur Abfuhr von Spülwässern, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken durch öffentlich-rechtliche Körperschaften und, das gehört dann dort eingefügt wieder, unsere Pflichtschulen. Verbunden mit einer unechten Steuerbefreiung samt Option zu einer 10%-igen Umsatzsteuerpflicht usw. Ein Vermieter wäre sodann berechtigt, auch wenn die Räumlichkeiten für den Schulbereich genutzt werden zur Umsatzsteuerpflicht nach § 6 Abs. 2 UStG 1994 des Stabilitätsgesetzes 2012 zu optieren, das ist ein Weg und den zweiten Weg, den wir vorgeschlagen haben, ähnlich wie im Gesundheits- und Sozialbereich, werden auch im Schulbereich die nicht abzugsfähigen Vorsteuern mittels Beihilfen auf Basis einer finanzausgleichsrechtlichen Regelung abgegolten. Die Entlastung könnte mit geringem Verwaltungsaufwand in das bereits bestehende Beihilfenverrechnungssystem über die Bundesländer integriert werden. Das heißt, diesen Vorschlag habe ich Mitte Februar an den neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses gesandt und ich bitte alle Fraktionen auch auf Bundesebene mitzuhelfen, dass wir mit dem aufhören, es bringt nämlich nur dem Finanzministerium etwas, wenn du Musterschüler sein willst. Ich habe es damals auch so formuliert gegenüber der Finanzministerin, wenn du nämlich die Gesamtschulden eines Staates zusammenrechnest, Gerhard Rüschi hat das auch immer wieder betont,

ändert sich nämlich überhaupt nichts. Sie verunmöglichen nur den Gemeinden und Städten, die diese Anstrengung zu tätigen haben im Moment, dass wir zügig unseren Schulausbau, wir haben es eh gehört, über 60 Millionen stehen für die nächsten vier Jahre wieder an, umzusetzen und das ist, wenn man die Mehrwertsteuer jetzt dazurechnet, sehr viel Geld und ich hoffe, dass wir erfolgreich sein werden. Das heißt, wir gehen mit, ich wollte aber heute nur noch einmal sagen, wir sind da nicht müde geworden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Es steht auf der Agenda des Städtebundes und der Städtebund, da darf ich gleich einladen und die Gelegenheit benutzen, wird ja im heurigen Jahr im Juni in Graz gastieren. Das heißt, alle österreichischen Städte werden da sein, ich hoffe und gehe davon aus, dass auch ein Finanzminister da ist, der Bundespräsident wird da sein und ich werde meinen Auftritt dazu nutzen, genau diesen Punkt dort auch noch einmal vor der Kulisse aller Kommunalpolitiker und Gebietskörperschaften über uns noch einmal deutlich zu machen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Selbstverständlich ist es klar, dass man schaut, dass man aus Stadtsicht hier diese Steuer nicht zahlen muss, das ist eh keine Frage. Das ist ein altes Spielchen zwischen den Gebietskörperschaften, rein historisch gesehen haben war diese Steuer, man hat sie nicht absetzen dürfen, dann war Karl Kamper und viele andere auch wahrscheinlich so gewieft, haben das organisiert, dass man das zurückkriegen, jetzt will der Bund das Geld wieder haben. Klar, als Gemeinderat keine Frage, wir wollen diese Steuern nicht nach Wien abliefern. Im Prinzip ist es ein Spiel zwischen den Gebietskörperschaften, wo es um viel Geld geht, die Frage ist, ist es

gescheit, dass man die Steuer zahlt und entsprechend Mitteln kriegt aus Wien? Das wäre die andere Möglichkeit, wie es vorher war, die Mittel wurden gekürzt, jetzt wollen sie die Steuer trotzdem wieder haben, das ist ganz klar, dass sich die Stadt verteidigen muss, also so gesehen volle Unterstützung. Andererseits denke ich, wenn ich anschau, wie viele Ressourcen dieser Kampf zwischen den Gebietskörperschaften..., das ist ein Nullsummenspiel, da gibt es keine Gewinner, wieviel Ressourcen da reingehen, dann macht mich das nicht ganz glücklich, da würde mir schon sehr daran liegen, eine möglichst klare und exakte Regelung ohne Möglichkeit, das irgendwie zu umgehen und einen entsprechend gerechten Finanzausgleich, das wäre die saubere Lösung. Wir würden uns halt gegenseitig austricksen, findiger sein, Beamtenressourcen einsetzen, Gemeinderäte damit beschäftigen und ich glaube, wenn man da ein bisschen schonender umgehen könnte, liegt nicht an uns, ist ein Wunsch woandershin, ist mir schon klar, aber dann könnte man auch dorthin genauer schauen, wo das große Geld verschwindet, wenn man nach Kärnten schaut, sind da ganz andere Sachen, wo uns genau diese Kontrolle, genau diese Fähigkeiten, genau das fehlt, wo wir uns jetzt intern so quasi kontrollieren, beobachten, gescheiter sein als die anderen und die Dinge, die eigentlich zu tun wären, werden völlig übersehen. Und da muss ich schon sagen, wie gesagt, kann kein Fehler im Gemeinderat sein, das ist mir schon klar, aber ich glaube, da hätten wir echt woanders hinschauen müssen, auf Gesamtparteienebene beschäftigen wir uns da völlig falsch, da fehlt das wirklich in der Kontrolle woanders hin und das wäre viel wichtiger aus meiner Sicht. Trotzdem stimmen wir Grünen dem Antrag hier zu, weil hier geht es einfach um Grazer Schulen, und in dem Sinn können wir es schon unterstützen. Die Begeisterung hält sich auch in Grenzen, ich glaube, andere Sachen sind wichtiger. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl**: Für die grüne Fraktion ist es nicht so wichtig, ok, allein das Projekt, das der Stadtrat Hohensinner jetzt vorhat, da geht es um zehn Millionen. Ich glaube, es wäre wichtig für die Stadt, zehn Millionen zu haben oder nicht zu haben. Es verbessert den ganzen Schulstandort, wenn man so will oder beziehungsweise die Qualität der Schulen wird hier verbessert. Letztendlich ist es auch irgendwo ein Impuls für die Wirtschaft, wenn gebaut wird, was letztendlich Arbeitsplätze usw. bringt. Freut mich zu hören, dass Sie sich dafür einsetzen oder bereits eingesetzt haben. Ich hoffe nur, dass Sie auch dranbleiben und dass auch Ihre innerparteilichen Kräfte stark genug sind, das auch durchzusetzen, weil sonst endet es so ähnlich wie bei der Wirtschaftskammer, vor jedem Wirtschaftskammerwahlkampf sagt der Wirtschaftsbund auch, Vorsteuerabzugsfähigkeit für betrieblich genutzte Lkw will er haben und kaum ist die Wahl vorbei, wird das wieder ad acta gelegt. Gemeinderätin Gmeinbauer kann das wahrscheinlich bestätigen. Aber freut mich letztendlich, dass Sie das machen, dass Sie das auch hoffentlich durchsetzen werden, ich glaube, es bringt der Stadt Graz sehr viel, auch letztendlich der Wirtschaft und auch den Schulen und den Schülern. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Jugend-WGs – lückenlose Aufklärung durch Expertenkommission

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Anstoß unseres dringlichen Antrages sind die jüngsten Vorfälle in einer städtischen Jugend-WG. Es wird dazu auch einen

Abänderungsantrag der SPÖ und der ÖVP geben, dem wir zustimmen werden. Im Vorfeld hat man sich schon über gewisse Formulierungen in unserem Antrag mokiert und ich bitte, dass wir dieses wichtige Thema nicht durch eine Diskussion über Wortklaubereien und Formulierungen schmälern. Priorität hat für uns ein verbesserter Schutz der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen. Vor einem Jahr hat es sexuelle Übergriffe in den sozialpädagogischen Einrichtungen der Stadt gegeben. Drei Burschen haben drei Jahre lang Mädchen hinweg missbraucht, es hat dann Sofortmaßnahmen gegeben, wurde evaluiert, der Betreuungsschlüssel wurde erhöht, Schlösser wurden ausgetauscht, aber das war offenbar einfach zu wenig, nachdem es jetzt wieder zu schwerem sexuellen Missbrauch gekommen ist. Offenbar ist einfach das derzeitige Konzept, so wie es ist, nicht das richtige und fehlerhaft. Nach zwei so dramatischen Vorfällen sollte es der naheliegendste und logischste nächste Schritt sein, dieses Konzept zu überdenken, dem darf sich auch nicht das zuständige Amt verwehren, wie es im Jugendausschuss signalisiert wurde. Es gibt massive Kritik von Seiten der Sozialpädagogen am jetzigen Konzept, vor allem, was die Gruppenzusammensetzung betrifft, offenbar wird hier zu wenig Wert auf das Alter oder zu wenig Augenmerk auf das Alter der Jugendlichen und Kinder Rücksicht genommen, genauso wenig auf die Vorgeschichte und auf die dramatisierenden Erlebnisse, die die Jugendlichen erlebt haben und verarbeiten müssen. Es wird offenbar nicht genug Rücksicht darauf genommen, ob die Jugendlichen aus kriegszerrütteten Gebieten kommen, es wird nicht darauf Bedacht genommen, welche Wertschätzung dort Frauen gegenüber entgegengebracht wird, es wird offensichtlich im Allgemeinen zu wenig Augenmerk auf die psychische Verfassung der Jugendlichen gelegt. Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt der Sozialpädagogen ist der zu gering angesetzte Personalschlüssel, der eine ausreichende Begleitung der traumatisierten Jugendlichen einfach nicht gewährleistet. Es ist auch in der Zeitung gestanden, dass Vorgesetzte der Einrichtung von dem Missbrauch schon gewusst haben sollen, das wurde vom Jugendamt entschieden zurückgewiesen und dementiert. Aber allein, dass diese fehlerhafte irreführende Kommunikation zeigt,

dass es zu einer lückenlosen Aufklärung durch externe, nicht involvierte Experten kommen sollte. Die Lösung kann in unseren Augen sicher nicht der rasche, überhastete Rückzug der Stadt Graz aus diesen Aufgabenfeld sein und aus dieser Verantwortung.

Deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Klubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, den rechtlichen Rahmen für die Zusammenstellung einer externen Expertenkommission, die sich mit den Vorfällen in den Grazer Jugend-WGs befassen soll, abzustecken. Hierbei ist insbesondere auf die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes Wert zu legen beziehungsweise sind die Befugnisse zur Einsichtnahme dieser Kommission in die relevanten Unterlagen und Akten des Jugendamtes zu definieren. Allfällige im Zuge ihrer Tätigkeit gewonnene strafrechtliche Erkenntnisse sind durch die Kommission unmittelbar an die zuständigen Strafbehörden weiterzuleiten. Die diesbezüglichen Ausarbeitungen sind dem Gemeinderat bis spätestens zur übernächsten Sitzung vorzulegen.
2. Die Kommission soll sich aus anerkannten, wissenschaftlich gebildeten Experten des Feldes der Jugendbetreuung und Kinder- und Jugendpsychologie zusammensetzen. Vorzugsweise sind hierbei Personen der Landesklinik Sigmund Freud beziehungsweise anderer ähnlich gelagerter Einrichtungen zu berücksichtigen. Politische Vertreter haben dieser Kommission nicht anzugehören, wohl aber hat diese Kommission den zuständigen gemeinderätlichen Ausschuss regelmäßig über den Stand ihrer Erkenntnisse zu

informieren. Am Ende soll ein abschließender Bericht vorgelegt werden, der entsprechende Verbesserungen, Anregungen und konzeptive Maßnahmen beinhaltet, welcher vom Gemeinderat sodann weiteren Verhandlungen zuzuführen sind. Im Falle einer Ausgliederung werden die gewonnenen Erkenntnisse und Konzepte den privaten Trägern überbunden.

Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

8) Konzept, Evaluierung und fachliche Beratung für die Zukunft der sozialpädagogischen Jugend-Wohngemeinschaften der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Danke auch für die Zusammenziehung der Diskussion dieser dringlichen Anträge. Wir haben im Vorfeld uns ja auch eigentlich alle miteinander abgesprochen, viele Dinge diskutiert, überlegt, welche Notwendigkeiten es gibt. Eine davon ist die, die Sie einbringen mit der Aufarbeitung dessen, was vorgekommen ist, wo sicher ja noch einiges genauer anzuschauen ist, damit in Zukunft geschaut werden kann, was davon ist von den Strukturen her verursacht, was davon hat zu tun mit der offenbar problematischen Rückmelde- und Fehlerkultur, die eigentlich allen, die sich jetzt mit der Thematik beschäftigt haben, immer wieder entgegengeschwappt ist, das ist offenbar wirklich schwierig. War für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alles dran setzen, dass die Kinder und Jugendlichen bestmöglich betreut werden, dass die einfach oft gegen Wände anrennen und gebremst werden in ihren Warnungen, in ihren Vorschlägen, wie man etwas sinnvoller und besser machen kann und deswegen ist es absolut notwendig, dass man sich das einerseits rückblickend anschaut, andererseits aber auch jetzt für die Zukunft wirklich genau überlegt, was machen wir als Stadt Graz, was müssen wir machen, um unserer Verantwortung gerecht zu

werden. Es war jetzt sehr viel Diskussion in den Medien und die Positionen sind, denke ich, auch dort schon wieder klar geworden, dass es einerseits Überlegungen gibt, diese Jugend-WGs auszugliedern, weil die Stadt nicht in der Lage sei, flexibel genug darauf zu reagieren usw. Andererseits aber auch diese Position, dass wir trotzdem einfach verantwortlich sind für die Kinder und Jugendlichen und dass wir als zweitreichstes Land der europäischen Union, als fünfzehntreichstes Land auf der ganzen Welt, einfach in der Lage sein müssen, Strukturen anzubieten, die diesen Kindern und Jugendlichen ermöglichen, dass sie aufgefangen werden können, dass sie hoffentlich wieder Fuß fassen können, dass sie bestmöglich begleitet werden auf dem Weg und dass sie geschützt werden vor solchen Dinge, wie es jetzt passiert ist. Es wissen alle, die mit der Thematik auch arbeiten, dass man hundertprozentigen Schutz nie bieten kann, solche Dinge passieren in Familien, solche Dinge passieren in allen möglichen Einrichtungen, aber wir sind trotzdem, das teilen eh alle, verpflichtet, alles nur daranzusetzen, damit die Rahmenbedingungen so sind, dass wir möglichst viel vorwegnehmen können, dass das ausgeschlossen wird. Ich habe einen Antrag vorbereitet, auch in Rücksprache mit den Kolleginnen und Kollegen, die für diese Thematik zuständig sind, und einige der Dinge, die uns dabei wichtig sind, ihr kennt eh alle den Antrag ist, dass erstens die Evaluierungen, die ja gemacht worden sind, erfreulicherweise ist ja gleich auch gehandelt worden, sind erste Maßnahmen gemacht worden, wurden auch die Ist-Situation und die die Vorfälle untersucht, dass diese Evaluierungen (selbstverständlich immer unter Wahrung von Datenschutz) uns im Ausschuss, uns als Gemeinderat auch zur Verfügung gestellt werden, wie auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, damit die wissen, was für Rückmeldungen dort gekommen sind, was für Empfehlungen, was dort beurteilt wurde über den Ist-Zustand und vielleicht auch über die Zukunft von solchen Einrichtungen, das ist eine wichtige Sache. Eine zweite wichtige Sache ist auch, dass wir wirklich mit externen Fachleuten noch einmal intensiv vorbereiten und aufbereiten, wie die Stadt Graz ihrer Verantwortung gerecht werden kann. Sie wissen alle, ihr wisst alle aus den Medien, denke ich auch, unsere Position ist, es soll nicht zu einer Ausgliederung

kommen, denn die bedeutet einfach nur Abschieben der Verantwortung an freie Träger, wo alle, die sich mit der Thematik beschäftigen, wissen, dass die freien Träger einfach noch schlechtere Bedingungen haben, als wir in der Stadt sie anbieten können aufgrund von Auslastungsdruck usw. Dass wir einfach nicht diese Verantwortung abschieben und sehenden Auges zulassen, dass sie eigentlich schlechtere Bedingungen bekommen. Man kann wahrscheinlich viel drüber hin- und herdebattieren, ob jetzt extern oder intern das genauso gut oder besser oder nicht besser gemacht werden kann. Worüber man sicher nicht diskutieren kann, dass die Rahmenbedingungen für die freien Träger außerhalb einfach schlechter sind und dass es eine Verschlechterung bedeuten würde, wenn wir ohne zusätzliche Maßnahmen das dorthin abschieben. Umso wichtiger also, dass jetzt mit externen Fachleuten noch einmal ausführlich im Ausschuss und sicher auch in mehreren Sitzungen des Ausschusses diskutiert wird, was können, was müssen wir tun, um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Welche Organisationsformen eignen sich dafür und dass das auch noch, das ist unser Wunsch, ergebnisoffen stattfindet und durchaus vielleicht bisher beschlossene oder angekündigte Entscheidungen unter Zuhilfenahme der Fachmeinung von Leuten von außen noch einmal überdacht wird. Der Antrag insgesamt, zu dem es ja dann noch einen Abänderungsantrag von Ihnen gibt, umfasst also vier Punkte. Den ersten habe ich jetzt noch nicht genannt, wichtig ist auch, dass es jetzt ein Konzept gibt, wie aktuell jetzt in diesen Jugend-WGs mit der Situation umgegangen wird, dass es Verunsicherung gibt, dass nicht klar ist, kommt es zu einer Organisationsänderung oder nicht, also dass jetzt für diese Übergangszeit ein klares sozialpädagogisches Konzept und auch ein Konzept für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt wird. Zweitens, wie gesagt, dass diese Evaluierungen dem Fachausschuss und dann auch wohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Drittens wäre unser Wunsch, dass es die Einsetzung eines Fachgremiums gibt, das wirklich längerfristig tagt zu dieser Thematik und uns berät, die wir letztlich auch die Entscheidung dann treffen müssen und viertens, dass eben geprüft wird, welche zusätzlichen Möglichkeiten wir als Stadt

anbieten können, egal wie diese Entscheidung dann mehrheitlich ausgeht. Aber trotzdem überlegen, zusätzliche Möglichkeiten anzubieten, natürlich gibt es einerseits die Pflegeelternschaften, das auszubauen, aber es gibt auch noch etliche andere Möglichkeiten, dass wir da schauen, dass wir den bestmöglichen Mix anbieten können, den die Kinder und Jugendlichen, die schwere Rucksäcke mitschleppen, wirklich brauchen. Ich danke für die generelle Zustimmung, auch wenn es nachher noch zu einer Abänderung kommt, die aber, denke ich, inhaltlich in vielen Punkten in dieselbe Richtung geht und bin froh, wenn wir an einem Strang ziehen, dass wir die besten Bedingungen schaffen für diese Kinder und Jugendlichen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte KollegInnen, Herr Bürgermeister, liebe ZuhörerInnen! Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen, der eine ist, es geht bei, wie die Kollegin Schleicher gesagt hat, dass sich über den Text mokiert wurde, es geht da für mich nicht nur um Wortklaubereien, sondern es geht darum, ein ganz klares Statement zu setzen, dass man sagt, man arbeitet hier nicht gegen die MitarbeiterInnen in diesen Häusern. Wie man da herauslesen könnte auch aus diesem Punkt der lückenlosen Aufklärung, weil wir alle, glaube ich, wissen, dass eine lückenlose Aufklärung einfach nicht möglich ist und dass sowieso sehr viel dafür getan wurde, aber dass man so was natürlich einfach nicht verhindern könnte, selbst bei wirklich bester Arbeit, die dort gemacht wurde. Darauf möchte ich aber gar nicht weiter eingehen, sondern ich möchte auf etwas eingehen, was die Kollegin Grabe auch schon gerade angesprochen hat, auf dieses In-Aussicht-Stellen einer Ausgliederung. Wir haben ja diese Evaluierungszwischenergebnisse noch nicht vorgelegt bekommen, aber wie ja laut mündlicher Aussage der Vizebürgermeisterin Martina Schröck auch medial verbreitet wurde, wird darin in dieser Evaluierung eine Ausgliederung an freie Träger empfohlen. Die Begründung dafür ist, dass diese

flexibler und schneller handeln können, als wenn das bei der Stadt bleibt. Ich glaube, es wissen eh alle, dass wir von der KPÖ von so einer Ausgliederung nicht begeistert sind, generell nicht. Aber wir sehen uns in einem Punkt jetzt von einem Sachbuch bestätigt, das hier vielleicht noch nicht so bekannt ist, in Deutschland ist es mittlerweile ein Bestseller, vielleicht kennen es einige doch, die Streitschrift, also Streitschrift nennen es die Autoren selber, das heißt „Deutschland misshandelt seine Kinder“ von Saskia Guddat und Michael Tsokos. Die beiden sind Rechtsmediziner an der Berliner Charité und sie sprechen darin genau dieses Argument an. Sie sagen und sie sehen sich dabei in der zunehmenden Zahl der Opfer bestätigt, sie kennen die Opfer selbst, weil sie sie auch behandeln, dass private Träger zwar theoretisch flexibler handeln könnten, dass sie dies aber in der Praxis oft nicht tun, weil das nämlich jedes Mal natürlich Geld kostet und Zeit kostet und sie so knapp budgetiert sind, dass sie dann aber nicht mehr arbeiten könnten, vor allem nicht mehr kostendeckend arbeiten könnten und das wird wohl niemand bestreiten nicht im Sinne der Kinder und der Jugendlichen, und um die geht es ja hier hauptsächlich. Und deshalb stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden Zusatzantrag: Weiters ist zu prüfen, unter welchen Umständen ein weiterer Verbleib der Jugend-Wohngemeinschaften bei der Stadt Graz gewährleistet werden kann (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Uns geht es allen um die Kinder und um die Jugendlichen und wir haben im Endeffekt alle das gleiche Ziel, die einen formulieren es so, die anderen formulieren es so, daher danke auch für die vielen Gespräche im Vorfeld für die vielen Minuten, Stunden,

Zeilen und alles, was da hineininvestiert wurde und ich darf nun den Abänderungsantrag auch gleich vorbringen, weil thematisch sind wir ohnehin alle schon ganz intensiv drinnen. Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. dass die Ergebnisse der bestehenden beziehungsweise in Ausarbeitung befindlichen externen Prüfberichte der derzeitigen städtischen Jugendwohngemeinschaften im Ausschuss vorgelegt werden;
2. die zuständigen Stellen im Magistrat sollen prüfen, ob die bestehenden oberbehördlichen Evaluierungen der Jugendwohngemeinschaften dem Ausschuss vorgelegt werden können;
3. dass das „Übergangskonzept“ bis zu einer möglichen Ausgliederung im Ausschuss präsentiert wird;
4. dass eine grundsätzliche Diskussion im Ausschuss mit fachlich fundierten Experten, z.B. Primaria Dr. Anna Katharina Purtscher, Prim. Univ.-Prof. DDr. Lehofer, Mag. Yvonne Seidler, beziehungsweise das Kinderschutzzentrum, wahrscheinlich noch viele andere, im Zusammenwirken mit dem Landesgesetzgeber über die Konzeptionierung der stationären Unterbringungen stattfindet;
5. dass ein Konzept zur Schaffung weiterer Pflegeelternplätze im Ausschuss vorgestellt und diskutiert wird.

(Applaus ÖVP).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Hoher Gemeinderat! Ich kann es natürlich verstehen, dass heute dringliche Anträge gestellt werden, dass diese Vorfälle, vor allem jener vom letzten Jahr, uns alle tief erschüttern und natürlich betroffen machen, das kann ich ganz klar nachvollziehen. Solche Vorfälle sind eine Katastrophe und sie werden auch in der öffentlichen Darstellung anders präsentiert als wie, wenn solche Vorfälle bei privaten Träger vorkommen. Vor rund acht Wochen hat es sexuelle Übergriffe in

einer Jugendwohngemeinschaft von SOS-Kinderdorf gegeben, ich weiß nicht, wie viele das von Ihnen wissen, es war in der Zeitung eine kleine Randnotiz. Passiert so etwas in einer städtischen Wohngemeinschaft, dann gibt es viele, viele Seiten und viele, viele Tage Berichterstattung darüber. Aus den Anträgen, die vorliegen, aus den beiden Dringlichen, muss ich aber sagen, lese ich nicht nur Betroffenheit heraus, sondern vor allem bei dem Motivenbericht der freiheitlichen Fraktion lese ich doch den Versuch heraus, dass hier entweder bewusst oder unbewusst, die Frau Kollegin Schleicher war ja nicht im Informationsausschuss dabei, versucht wird zu skandalisieren und einzelne Personen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes in ein schlechtes Licht zu rücken.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Wo steht hier das drinnen?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Lieber Armin, es sind wirklich, ich möchte das Wort nicht sagen, aber es sind wirklich viele Unwahrheiten drinnen. Mir vorzuwerfen oder dem Jugendamt vorzuwerfen, dass wir gegen eine lückenlos Aufklärung wären. Jetzt möchte ich einmal anfangen, was ist passiert im letzten Jahr, als diese Vorkommnisse im Februar passiert sind? Wir wurden geprüft, wir wurden eingehend geprüft, wir wurden von der Staatsanwaltschaft geprüft, wir wurden von der Volksanwaltschaft geprüft, es hat eine Innenrevision gegeben, durchgeführt von der Magistratsdirektion, es hat eine interne Prüfung gegeben und nicht zuletzt hat es ja auch die Prüfung des Landes Steiermark, also der Oberbehörde, gegeben und ich habe zusätzlich auch noch jene besagte externe Evaluierung in Auftrag gegeben, deren Zwischenergebnisse vorliegen. Also mir vorzuwerfen oder dem Jugendamt vorzuwerfen, wir hätten da irgendwas nicht aufklären wollen, ist schlichtweg falsch.

Auch die Behauptung, Vorgesetzte dieser Einrichtung hätten von den Missbrauchsfällen gewusst, das ist nicht wahr, das ist nicht wahr und insofern sind zahlreiche Unwahrheiten, auch der zu gering angesetzte Personalschlüssel, das habe ich heute schon in meiner Fragebeantwortung an die Astrid Polz-Watzenig ausgeführt, das ist nicht wahr. Wir waren mit dem Personalschlüssel in unseren Einrichtungen immer drüber über dem gesetzlichen Personalschlüssel. Wir haben im November hier fast einstimmig beschlossen aus der damals getroffenen Wohngemeinschaft den Schluss zu ziehen, diese nicht zuzusperren, sondern die Plätze, die wir brauchen, mittels eines Pilotprojektes mit dem Institut für Familienförderung gemeinsam in eine neue Zukunft zu führen. Damals habe ich im Gemeinderat gesagt, eine weitere Ausgliederung kommt für mich nicht in Frage. Dazu muss ich aber sagen, zum damaligen Zeitpunkt, im November 2013, hatte ich aber auch noch nicht alle Ergebnisse, wie sie mir jetzt seit Anfang Jänner dieses Jahres vorliegen. Ich hatte noch nicht das Zwischenergebnis der externen Evaluierung, die ja durch ein Sozialforschungsinstitut aus München also wirklich mit einem sehr, sehr externen Blick durchgeführt wurde. Was ist da herausgekommen bei diesem Zwischenbericht? Man sieht, dass unsere Strukturen, und wir sind als Magistrat, wir sind in der Hoheitsverwaltung und wir haben unseren Verwaltungsapparat, sage ich jetzt einmal, so aufgebaut, wie Verwaltung eben funktioniert. Und innerhalb dieser Verwaltung ist der Betrieb von sozialpädagogischen Einrichtungen ein Orchideenfach. Der Betrieb ist da drinnen einfach nicht hundertprozentig zufriedenstellend und zeitgemäß, sage ich jetzt einmal, möglich. Wir haben so lange so lange Hierarchiewege, wenn wir einmal bedenken, wer ist denn diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Vorgesetzt, da gibt es einen zuständigen Bezirkshauptmann mit dem Herrn Bürgermeister, da gibt es eine zuständige Stadträtin, das bin ich, dann gibt es eine Abteilungsvorständin, dann gibt es den Magistratsdirektor, dann gibt es die regionale Jugendamtsleitung, dann gibt es eine Fachbereichsleitung, dann gibt es Einrichtungsleitung. Also wir haben so eine Hierarchie und wir haben so lange Entscheidungs- und Kommunikationswege, wenn eine Einrichtung was Neues

beschaffen muss, dann fahren die nicht einfach zum IKEA, wie der private Träger, kaufen das dort, sondern man muss noch einmal herumtelefonieren, ja wie funktioniert das, dann muss die richtige Fipos reserviert sein und bis die Matratze oder das neue Bett in der Einrichtung ist, vergeht einige Zeit, das ist einfach so in der Hoheitsverwaltung und das werden wir auch wegen dieser drei Einrichtungen, die wir betreiben, so nicht ändern, weil es ja in der Verwaltung mit unserem Aufbau funktioniert. Was auch problematisch ist und was auch von externen Experten immer wieder gesagt wurde, da liegt vieles in einer Hand. Das Jugendamt, die Sozialarbeiterin des Jugendamtes gibt einen Auftrag und sagt, soundso ist dieses Kind zu betreuen und zu begleiten. Ihre Kollegin in der Wohneinrichtung macht das dann und die Kontrolle macht dann wieder die Kollegin und das wird von vielen als problematisch eingeschätzt, dass wir nicht Auftrag und Kontrolle in der Hand haben, wie wir das bei allen anderen in der Hand haben, sondern das wir da auch in der Zwitterposition sind, dass wir das auch durchführen. Und es war bereits im letzten Jahr der Fall, dass die Frau Mag.^a Seidler, die ja sonst gerne zitiert wird von vielen Fraktionen, ganz klar und deutlich gesagt hat, sie empfiehlt uns, dass wir uns aus dem Betrieb zurückziehen, sie empfiehlt es uns ganz, ganz dringend, weil es eben in dieser Konstellation, wie wir es jetzt haben, äußerst problematisch ist. Untermauert von diesem Zwischenergebnis in der Evaluierung, und glauben Sie mir, ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht, ich habe auch darüber nachgedacht, wie könnte man das anders lösen, wie könnte man doch irgendwie als Stadt da drinnen bleiben, weil, wie gesagt, ich habe ja auch im November gesagt, ich wünsche auch keine weiteren Ausgliederungen. Wir haben auch geprüft, ob ein Eigenbetrieb möglich ist, aber einen Eigenbetrieb für 27 Plätze in dieser kleinen Größe, das ist wirtschaftlich nicht sinnvoll und dafür würde ich auch niemals eine politische Mehrheit da herinnen im Gemeinderat bekommen, völlig zu recht, weil sich das einfach niemals rechnen kann und sich niemals ausgehen kann. Dieser Entschluss, den habe ich bereits, wie gesagt, Anfang/Mitte Jänner getroffen, durch diese letzten Vorfälle habe ich die Kommunikation in diese Richtung beschleunigt und ich habe in meiner Abwesenheit

auch gemeinsam mit Herrn Bürgermeister Nagl, der mich in dieser Zeit vertreten hat, diese Entscheidung öffentlich kommuniziert. Und eines muss ich auch dazusagen, diese Diskussion, die geführt wird, die betrifft nicht uns als Stadt alleine und wie sollen sozialpädagogische Einrichtungen ausschauen, wie sollen die gestaltet sein, ganz Europa diskutiert darüber. Als diese Vorfälle kommuniziert wurden, haben wir sofort Briefe, Zuschreibungen von privaten Trägern bekommen, die alle sagen, das jetzige Konzept so wie es österreichweit gelebt wird, das ist nicht mehr der Wahrheit letzter Schluss, da müssen wir weiterdenken, da müssen wir flexiblere Formen überlegen, kleinere Einheiten, Wohnungen anmieten, also da ist wahnsinnig viel Diskussion zur Zeit. Und es ist vor allem wichtig, mit dem Land Steiermark zu diskutieren, weil das möchte ich auch klarstellen, wir sind nicht in der Position seit 1.1.2014, seit es dieses neue Kinder/Jugendhilfegesetz gibt, dass wir das jetzt an einen privaten Träger übertragen, sondern wir ziehen uns aus der Trägerschaft, aus dem Betrieb zurück und das Land Steiermark hat das in der Hand, eine Bedarfserhebung zu machen und bei dieser Bedarfserhebung da wird es ganz, ganz wichtig sein, dass auch das Jugendamt und wir als Stadt Graz mitsprechen, weil ich bin einmal der Überzeugung, dass wir ganz sicher noch eine Kriseneinrichtung brauchen, weil wir eben viele schwierige Jugendliche, wie Sie es angeführt haben, in unserer Stadt haben und wir uns um die kümmern müssen, weil wir den Auftrag haben als Stadt Graz, ich als Jugend- und Kinderstadträtin, ich muss mich um alle Kinder, die in Graz aufhältig sind, kümmern und darum bin ich der festen Überzeugung, dass wir eine weitere Kriseneinrichtung für diese besonderen schwierigen Kinder und Jugendlichen brauchen werden. Zum Abänderungsantrag, nachdem meine Fraktion da dabei ist, möchte ich nur noch zwei Punkte anmerken. Einerseits, natürlich werden wir das Konzept präsentieren, das habe ich schon im Informationsausschuss gesagt, dass wir das natürlich machen, aber da jetzt einen künstlichen Zeitdruck zu erzeugen und, Daniela Grabe, eines muss ich auch klarstellen, es gibt keinen raschen Rückzug, ich weiß nicht, wie oft ich das noch sagen

muss, ich fahre jetzt nicht von Tür zu Tür bei den drei Einrichtungen und sperre sie zu, das ist ein Prozess, der wird dauern und der...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe: Das habe ich so nicht gemeint.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Doch, du hast vorher gesagt, der rasche Rückzug, es gibt keinen raschen Rückzug. Es gibt einen gut überlegten Rückzug und einen Rückzug, der die Kinder und Jugendlichen im Fokus hat und nichts anderes und dieser Prozess wird solange dauern, wie er dauern muss, nämlich so lange, bis das letzte Kind gut versorgt ist und unsere Betreuung des letzten Kindes gut abgeschlossen ist. Dass wir uns um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich auch zu kümmern haben, das ist auch ganz klar und da werden wir auch auf die Wünsche und Bedürfnisse bestmöglich eingehen. Aber, das sage ich hier auch klar, ich bin die Kinder- und Jugendstadträtin der Stadt Graz und ich habe die Verpflichtung, die Kinder in den Fokus zu rücken und darauf zu schauen, dass wir die bestmöglichen Rahmenbedingungen und die bestmöglichen Formen der Betreuung und der Begleitung der Jugendlichen garantieren und darum geht es. Und ich lade Sie wirklich ein, auch einmal darüber nachzudenken bei allem, was jetzt in den Zeitungen gestanden ist und was jetzt in diversen Motivenberichten drinnen steht, sich auch einmal die Frage zu stellen, an wen denken Sie, denken Sie an die Jugendamtsleiterin, die da im Fokus ist, denken Sie an die politische Konkurrenz oder denken Sie an die Kinder, ich glaube, an letztere viel zu wenig (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger:** Hohe Stadtregerung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns heute zuhören! Graz ist eine wunderbare Stadt, hohe Lebensqualität, viel Lebensfreude, viele Familien, denen es gut geht. Heute sprechen wir leider über eine Katastrophe, es ist keine Brücke eingestürzt, es gibt keinen massiven finanziellen Unregelmäßigkeiten. Minderjährigen Kindern Mädchen ist unter Obhut der Stadt Graz das Schlimmste passiert, das passieren kann. Sie wurden vergewaltigt. Wir spüren die Betroffenheit bei allen, die sich zu Wort gemeldet haben, bei den Antragstellerinnen, bei Martina mit ihrem Abänderungsantrag, beim Zusatzantrag, nicht zuletzt bei dir, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, man spürt, du hast auch ein großes Herz für die Kinder und du willst das, was wir, glaube ich, alle wollen nämlich, dass es dann, wenn die Familie es nicht schafft, ihre Kinder gut zu betreuen, Einrichtungen gibt, wo die Eltern sich darauf verlassen können, hier wird gut auf mein Kind geschaut und das Kind gut auf ein weiteres positives Leben vorbereitet. Ich möchte jetzt nicht zu lange werden, es gibt in der Analyse die Notwendigkeit, auch nach Verantwortung zu suchen, auch zu hinterfragen, ob tatsächlich Fehler passiert sind und man etwas besser hätte machen können. Hier richtet sich meine einzige Kritik in die Richtung, dass wir ja vor einem Jahr dieses traurige Thema schon diskutiert haben und damals externe Fachleute Bereitschaft signalisiert haben, in einem externen Expertengremium zu überlegen, wie man es besser machen könnte, da sind Vorschläge gekommen, eventuell Burschen und Mädchen zu trennen, was immer. Gut, dass es jetzt diese einvernehmliche Zustimmung gibt, dass es diese Gremien geben wird. Die hochkarätigen Fachleute wurden erwähnt und werden uns da sicher gut beistehen. Wichtig ist für mich noch ein Spektrum, das ist die Prävention. In erster Linie sollen wir investieren, dass möglichst viele Familien möglichst gut auf ihre Kinder schauen können und dass es mehr innerfamiliäre Unterstützungssysteme gibt. Ich spreche nur ein Thema an, die Familienhelferinnen der Caritas, die oft als „Feuerwehr“ in die Familien gekommen sind, können sich jetzt die Familien kaum mehr leisten, weil es vor allem zuwenig Landesförderung gibt. Da ist ein dringender Appell, dass das Land

hier mehr hilft. Das Zweite, das die Kinder in Einrichtungen sind, wo sie möglichst familiennah betreut werden können, wo kleine Einheiten sind, wo es Vertrauen gibt, wo es Zuneigung gibt, Zeit, Zuneigung, Bindung, die Pflegefamilien sind schon angesprochen und dass man differenzieren muss zwischen Kindern, die in der Stadt Graz aufwachsen und in dieser schwierigen Familiensituation sind und Kindern und Jugendlichen, die schwer traumatisiert aus dem Ausland kommen, wo man sicher auch spezielle Einrichtungen braucht. Es ist, glaube ich, heute ein guter Beginn für einen guten neuen Weg für die Kinder, dass Graz, die Stadt der Lebensqualität, auch die gute Zukunft für die Kinder hat (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich danke dir, Frau Gemeinderätin Potzinger, für dieses Plädoyer auch noch einmal. So wie gesagt worden ist, es geht uns um das Wohl der Kinder, und was auffällig ist, ist einfach, dass zu wenig geredet worden ist und diese ganzen Anträge und Zusatzanträge, die ja Diskussion im Ausschuss verlangen, die Evaluierungen verlangen, zeigen nur eines, dass irgendwo zu wenig Kommunikation stattfindet und stattgefunden hat. Ich möchte jetzt noch den Verweis zur Sozialraumorientierung insofern bringen, weil wir auch letzte Woche einen internationalen Experten dagehabt haben, der sehr viel im Bereich der Sozialraumorientierung gearbeitet hat, der auch für die Vorarlberger nach deren schrecklichem Erlebnis mit dem Todesfall mit dem Kind damals ein Konzept ausgearbeitet hat, wir haben uns die Wiener Konzepte angeschaut, es gibt sehr viele Konzepte auch von städtischen Einrichtungen die sehr viel weiterbringen. Wir wünschen uns einfach einen Diskurs darüber, um zu schauen, was für die Kinder das Beste ist. Und dass das Konzept der Sozialraumorientierung in der Weise, wie es jetzt läuft, wo nicht ausreichend kommuniziert werden kann, wo man innerhalb des Sozialraumes nicht wechseln kann, wo es ganz viele Fragestellungen dazu gibt damit zu tun hat, dass es eine hohe MitarbeiterInnenfluktation gibt, dass es viele

Schwierigkeiten gibt, das kann man nicht immer so wegtun. Ich würde mir wirklich wünschen, dass das möglich wird, das mitzudiskutieren. Graz hat einmal so etwas wie eine Vorreiterrolle gehabt in der Jugendwohlfahrt, also mit den Konzepten, und da ist in den letzten Jahren jetzt was passiert und es gibt Städte, wo die Sozialraumorientierung wunderbar funktioniert, aber es gibt einige Haken, die wir jetzt haben, die Evaluierung, die stattgefunden hat, dazu haben wir uns eh schon gemeldet, mit den ganzen Verzögerungen, die es im letzten Jahr dazu auch gegeben hat, bis das kommuniziert worden ist. Die eindringliche Bitte, schauen wir uns diese Konzepte, wie sie jetzt sind, mit den Expertinnen und Experten gut an und schauen wir, was es für Modifizierungen braucht, damit da etwas weitergeht. Es ist ein zu großer und zu wichtiger Bereich, um dort zu mauern. Danke.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Zur Anschuldigung, dass in unserem Antrag nicht nur Betroffenheit zu lesen ist, das finde ich, ist eine unmögliche Unterstellung. Zur Kritik, dass ich selber nicht im Ausschuss war, dafür waren aber zwei freiheitliche Mitglieder, nämlich der Klubobmann Sippel und die Gemeinderätin Schartel dort, und die haben dort in der Klubsitzung natürlich berichtet, wie das abgelaufen ist. Zum Personalschlüssel, diese Kritik ist selber von den Sozialpädagogen gekommen und bei so schlimmen drastischen Vorfällen muss man sich als Verantwortliche schon die Kritik gefallen lassen und man muss und darf auch das jetzige Konzept hinterfragen (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck: Wenn Kritik richtig ist, ja gerne. Nicht wenn Kritik eine Lüge ist.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Es freut mich, dass wir gemeinsam mit diesem Abänderungsantrag eine Lösung finden und möchte noch einmal betonen, dass unser Fokus von der freiheitlichen Partei auch am Wohl der Kinder liegt. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich schließe mich dem an, dass es erfreulich ist, dass wir gemeinsam jetzt einen Beschluss gefasst haben, auch wenn wir natürlich in der Umsetzung sehen werden, dass die eine oder andere Position, nona, abweichend ist und wir andere Prioritäten setzen würden, also Priorität auf das Wohl der Kinder und Jugendlichen setzen wie wohl alle. Aber andere Schlüsse ziehen aus den Fragestellungen, kann eine Stadt ja selber machen, kann sie es nicht, die Stadt Wien zum Beispiel hat in den acht Regionen, in die sie eingeteilt sind, ich habe die ersten einmal durchgezählt, dort 11 Jugend-WGs, da 11, dort wieder fünf oder sechs mit Spezialisierungen auf Fünf-Tage-WGs, was auch immer das genau jetzt ist, das wissen die Fachleute besser. Also umso wichtiger, dass wir mit Fachleuten das gemeinsam diskutieren und ich glaube jetzt auch nicht, dass ihr das noch nicht gemacht habt, Martina, wie du auch sagst. Für uns ist es nur einfach auch wichtig, das aus erster Hand zu haben, die Dinge selber lesen zu können, wie wir sie in anderen Bereichen von jetzt so in Führungsstrichen „banalen“ Dingen wie Budget oder Stadtrechnungshof oder sonst was ausgehen, auch immer haben, dass wir nachfragen können, dass wir die Details kriegen, um uns selber ein Bild machen zu können, denn du hast gesagt, du bist zuständige Kinder- und Jugendstadträtin, wir sind allerdings der zuständige Gemeinderat, der natürlich auch dann am Schluss die Entscheidung trifft, wenn es zu einer Ausgliederung kommt oder eben nicht beziehungsweise die Verantwortung genauso hat. Ich bin froh über die Evaluierung, dass wir diese bekommen, was ich nicht ganz so sehe, aber das werden wir dann sicher intensiv diskutieren, ist die Frage, ob eine Stadt das nicht tun kann, weil es in der Verwaltung

eben die bestimmte Hierarchie gibt vom Bezirkshauptmann Bürgermeister bis hin zur Sozialraumleitung usw. das sehe ich nicht so, das sind teilweise Strukturen, natürlich nicht alle, die wir selber als Stadt so geschaffen haben, siehe diese Sozialraumorientierungsmodelle usw. oder die geschaffen worden sind und die wir als Stadt übernommen haben. Wenn die Stadt Wien das schafft, auch wenn sie jetzt keine Kommune ist, sondern in dem Fall ein Land, ist es für mich zumindest notwendig, das zu betrachten, wie wir das auch hinkriegen könnten, das werden wir im Ausschuss tun. Weil gesagt wurde, dass die privaten Träger so vieles so viel einfacher machen können, hat meine Kollegin von der KPÖ auch schon gesagt, theoretisch ja, praktisch, wenn das Geld nicht da ist, kann die, wie wir alle wissen, natürlich genau so wenig das Zusatzprogramm anbieten, das man vielleicht braucht, und da geht es jetzt nicht um die in der Zeitung erwähnte Matratze, die man kaufen kann, sondern es geht darum, dass vielleicht schwer traumatisierte Jugendliche sehr schnell und ohne lange Bewilligungsfristen eine zusätzliche Psychotherapie bekommen, dass man mit anderen Jugendlichen, das wissen aber auch die Fachleute viel besser, irgendetwas outdoor macht, um Selbstbewusstsein zu stärken und, und, und. Also da gibt es etliche Dinge, die die Wunden dieser Kinder und Jugendlichen etwas heilen helfen können, da tun sich Private um einiges schwerer durch den ganzen Kostendruck, also bin ich sehr froh, wenn wir auch die Lösung, was die Stadt Graz selber machen kann, weiterhin diskutieren und anschauen und das wäre mein Wunsch, sogar auch überlegen, welche Zusatzangebote, nämlich im Sinne sogar von Ausweitung, wir anbieten in welcher Form auch immer, aber das die Stadt zur Verfügung stellt, dass vielleicht wirklich für diese speziellen Jugendlichen, die den doppelten und dreifachen Rucksack mitschleppen, dass wir für die eine besonders spezialisierte Auffangmöglichkeit anbieten. Welche Form das sein wird, da sind nicht wir die Expertinnen und Experten, aber dazu lassen wir uns ja beraten, insofern danke ich für die breite Zustimmung zu Antrag, Abänderung und zu all dem, was hoffentlich wirklich in die gleiche Richtung geht. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Zwei Anmerkungen. Die Stadt Graz ist die einzige Stadt in Österreich, die noch Einrichtungen selbst betrieben hat. Wien ist bekanntlicherweise ein Bundesland und bedient sich, wenn ich so sagen darf, auch anderer Organisationseinheiten. Ich möchte aber unser Augenmerk auch noch einmal darauf lenken, dass es nicht nur die Kinder in unseren Jugendwohngemeinschaften gibt, sondern es gibt darüber hinaus noch viele Grazer Kinder, die jetzt schon im SOS-Kinderdorf, die jetzt schon bei Jugend am Werk und in privaten Einrichtungen schon untergebracht sind und das sind wesentlich mehr als die verbliebenen Jugendwohngemeinschaften, die wir jetzt gehabt haben. Ich glaube, wir sollten alle im Fokus haben und wir sollten auch noch einmal ernsthaft darüber nachdenken, jeder, der Kinder zu Hause hat, weiß, was es bedeutet, in der heutigen Zeit die Kinder so zu begleiten und fürs Leben vorzubereiten. Wir wissen, dass in diesen Einrichtungen Kinder mit so unterschiedlichen Traumatisierungen, Problemstellungen zusammenkommen, sodass man sehr, sehr vorsichtig sein sollte bei Schuldzuweisungen und Überlegungen. Man kann nicht lückenlos rund um die Uhr da sein und möchte auch noch einmal betonen, dass nach dem ersten Vorfall ja Maßnahmen getroffen wurden, die zwar wiederum nicht verhindern konnten, dass es zu einem zweiten Vorfall kommt, aber bei diesem zweiten Vorfall, wenn ich so sagen darf, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch dann reagiert und es ist, wenn ich so sagen darf, dann auch zur Anzeige und zu den Maßnahmen gekommen. Das ist mir schon auch wichtig, dass ich das da einmal einbringe, auch einmal schützend wieder vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stelle, wie sich unsere Gesellschaft verändert, was heute auf Jugendliche einströmt, da müssen sie gar nicht von weit her kommen, allein das, was heute auch über das Internet, ungeschützt über das Mobiltelefon Jugendlichen täglich serviert wird und wo es keine Chance gibt, über das müssen wir dringend auch einmal reden in der gesamten Republik, selbst wenn es dir gelingen sollte, dein eigenes Kind noch nicht mit einem Mobiltelefon in die Schule zu schicken, du kannst sicher sein, dass du schon in der Volksschule bei Banknachbarn und Kolleginnen und Kollegen Dinge siehst, die für Kinderaugen

garantiert nicht bestimmt sind. Und das ist der Umgang mit unseren technischen Erneuerungen, die auch sehr viel Segen bringen können, aber sehr viel Unheil anrichten, möchte ich in die Diskussion da mithineinbeziehen. Wir sollten vielleicht von Graz aus auch einmal darüber nachdenken, wie wir den Umgang mit neuen Technologien und den Zugang zu jedem Schmarren und Schmutz der Welt einmal von unseren Kindern auch wieder fernhalten können. In anderen Ländern passiert es dann wieder zu drastisch, da wird dann wieder abgedreht, aber ich glaube, man sollte einfach wieder einmal darüber nachdenken, wie wir unsere Kinder auch vor dem schützen, was heute leider Gottes in diesem weltweiten Netz auch an Schmutz und an fürchterlichen Dingen täglich serviert wird, weil das löst, wenn ich so sagen darf, bei so jungen Menschen schon Dinge aus, wir müssen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Akten schreiben müssen, diese lesen. Bei manchen Akten, die wir zu Gesicht bekommen und bei dem, was auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleben, brauchst du ja selbst wieder einige Zeit, um dadurch, wenn du gefestigt bist, um mit dem umgehen zu können und das ist schon alles wichtig, deswegen sind so schnelle Schuldzuweisungen und da machen wir alles was falsch und da hat da wieder jemand was falsch gemacht, bitte einmal ganz schnell hintanzustellen, es braucht nur jeder darüber nachdenken, wieviel Probleme es auch immer in der eigenen Familie gibt, wie man damit umgehen soll und in unseren Einrichtungen, die zum Teil auch Modelle sind, die sich überholt haben, weil die Gesellschaft sich so rasch verändert. Weil wir heute das Thema der unbegleiteten Minderjährigen aus der ganzen Welt haben, die traumatisiert sind, das müssen wir mit den Gesetzgebern diskutieren, da wird auch Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser mit uns zusammenarbeiten, weil es ist ja auch nicht getan, wenn wir dann sagen, so diese Jugendwohngemeinschaft wird jetzt verlassen, es bleibt dann, wenn ich so sagen darf, wenn es uns nicht gelingt, auch dann ein Jugendlicher oder ein junger Erwachsener über, der in unserer Gesellschaft sich auch nicht zurecht findet und das weitergehen wird. Also da können wir nur früh genug alle mitanpacken. Jetzt haben nicht nur zwei Anträge, sondern

auch zu beiden diesen Abänderungsantrag, über den werden wir zuerst abstimmen und dann gibt es noch einen Zusatzantrag, wo wir dann einen Punkt 6. dazugeben müssten, es heißt jetzt noch fünf im Antrag, aber ich glaube, dass die Frau Braunersreuther einverstanden ist, wenn wir sechstens draus machen, nachdem wir da schon fünf am Abänderungsantrag haben.

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann ist der einstimmig angenommen und damit gilt dieser Abänderungsantrag für die beiden Anträge. Jetzt gibt es noch den Zusatzantrag, der lautet: Weiters ist zu prüfen, unter welchen Umständen ein weiterer Verbleib der Jugend-Wohngemeinschaft bei der Stadt Graz gewährleistet werden kann.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) angenommen.

9) „Garteln“ in unserer Stadt

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist immer schwer, nach so einem Thema einen dringlichen Antrag einzubringen. Ich würde mich aber trotzdem freuen, wenn ich eure Aufmerksamkeit haben könnte. Bei dem Thema meines dringlichen Antrages geht es um Urban

Gardening oder Garteln in unserer Stadt. Wir alle wissen, welche wichtige Funktion Grünflächen zur Verbesserung des Kleinklimas und auch zur Erholung und Freizeitgestaltung haben. Ein spezieller Teil der Grünflächennutzung ist eben das Garteln. Das Kleingartenwesen hat eine lange Tradition in Graz, auch das Gärtnern auf privaten Flächen und das Gärtnern im öffentlichen Raum ist nun dazugekommen und so erlebt das Gärtnern als Ganzes derzeit eine Renaissance. Oft beginnt es mit dem Bepflanzen von Baumscheiben oder kleinen brach liegenden Flächen im öffentlichen Raum und da ist das besonders Spannende, dass bei diesen Flächen in anderen Städten festgestellt wurde, dass es da überhaupt nie zu Zerstörung kam, sondern ganz im Gegenteil, viele Menschen in der Nachbarschaft sich gefreut haben und diese Beete oder diese kleinen Pflanzungen mitbetreut haben. Das geht dann weiter natürlich über Balkone, Dachterrassen, Fassaden, also man kann sagen, man kann eigentlich überall, wo man was pflanzen kann, auch garteln. Eine ganz besondere Form des Gärtnerns sind die Gemeinschaftsgärten, wo eine Gruppe von Menschen gemeinsam eine Fläche bewirtschaftet. Es hat auch sehr viel mit dem Thema Ernährungssouveränität zu tun. Also ich bemerke das immer wieder, dass die Leute selber anpflanzen wollen, dann wissen sie, dass das biologisches Gemüse ist und es ist vor allem für viele Menschen leistbar, es gibt ja einige Gärten in Graz, die genau mit Menschen, die vielleicht sonst schwer tun, Biogemüse zu kaufen, Gartenprojekte machen. Gemeinschaftsgärten spiegeln aber auch das Bedürfnis der Menschen nach selbstgestalteter und genutzter Natur wider und auch den Wunsch nach Gemeinschaft und Begegnung. In Graz gibt es mittlerweile 12 Gemeinschaftsgartenprojekte und weitere sind gerade im Entstehen und sie haben ganz verschiedene Zielsetzungen, Strukturen und Zielgruppen. Ein Garten zum Beispiel wendet sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund, in anderen sind StudentInnen dabei, gemeinsam zu gärtnern und wieder in einem anderen ist es so, dass Alt und Jung gemeinsam den Garten bewirtschaften, das ist Generationen-Mitmach-Garten in Graz jedenfalls, in Mariagrün. Gemeinschaftsgärten können auch Angelpunkte für Sozialarbeit sowie Orte für Wissensvermittlung,

Gesundheitsvorsorge, Unterstützung und Therapie sein. Allen Gärten ist jedenfalls gemeinsam, dass sehr viel ehrenamtliche Arbeit geliefert wird und damit ein enormer Beitrag auch zum Gemeinwohl stattfindet.

Seit 2012 bemüht sich das Umweltamt, die Gemeinschaftsgärten mit einer kleinen Förderung, es sind 800 Euro pro Garten, zu unterstützen. Der Umweltpreis der Stadt Graz im letzten Jahr stand ganz im Zeichen der Gemeinschaftsgärten, da waren ja erfreulicherweise alle Umweltsprecherinnen und Umweltsprecher auch bei der Preisverleihung.

Ich habe intensiv mit den einzelnen VertreterInnen der Gemeinschaftsgärten gesprochen und um einfach einmal zu erheben, was alles wichtig wäre oder was sie sich wünschen oder was sie dringend brauchen, es wäre einerseits eine zentrale ämterübergreifende Ansprechstelle auf Verwaltungsebene, die Bereitstellung von öffentlichen Grünflächen für Urban Gardening, die Unterstützung bei Problemen mit der Flächenwidmung, Unterstützung bei Verhandlungen mit privaten GrundstückseigentümerInnen über Zwischennutzung oder auch durch Haftungsvereinbarungen, die Unterstützung durch fachspezifisch geschultes Personal sowohl was das gärtnerische Knowhow betrifft als auch organisatorische und pädagogische Belange, die bedarfsweise Unterstützung der Verantwortlichen durch Bereitstellung von Sozialarbeit und Mediation, eine Start-Finanzierung für neu entstehende Gemeinschaftsgärten, finanzielle Unterstützung der Gartenverantwortlichen oder Bereitstellung materieller Ressourcen wie Komposterde, Gartengeräte oder auch Unterstützung bei Transporten.

Eine zweite Form des Gärtnerns in der Stadt ist das Urban Farming oder auch Selbsternte-Beete. Es gibt ja ein Selbsternte-Feld bei der Landwirtschaftsschule in Grottenhof, das ist in anderen Städten auch eine sehr beliebte Form der Landwirtschaft für interessierte Privatpersonen und da wäre einfach die Bitte, dass man auch zusätzliche Flächen sucht. Ich denke mir, es gibt in Graz viele

Landwirtschaftsbetriebe und die könnten auch durchaus Interesse haben, solche Selbsterntebeete zur Verfügung zu stellen, gegen ein Entgelt natürlich, so wie das auch in Wien gemacht wird.

Die Garten-Bewegung in Graz expandiert, immer mehr Menschen möchten gärtnern, sei es als Hobby oder auch wirklich zur Selbstversorgung und im Sinne der Förderung der Gesundheit, des Miteinanders sollten wir wirklich schauen, dass wir diese Bewegung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Abteilung für Grünraum und Gewässer möge im Sinne des Motivenberichts die Möglichkeit, eine zentrale ämterübergreifende Ansprechstelle zur Unterstützung von Urban Gardening und Urban Farming auf Verwaltungsebene einzurichten, prüfen. Sie möge weiter prüfen, in welcher Form und wo die Stadt Graz öffentliche Flächen für eine Nutzung oder Zwischennutzung für Urban Gardening selbst bereitstellen könnte, wie private GrundeigentümerInnen motiviert werden können, Grundstücke für Urban Gardening zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel durch die Übernahme von Haftungen. Prüfen, ob und in welcher Form die Stadt Graz fachspezifisch geschultes Personal sowie materielle und finanzielle Ressourcen zur Unterstützung der Initiativen bereitstellen könnte und mit interessierten Grazer BäuerInnen über die Möglichkeit der Einrichtung von Selbsternteflächen Gespräche führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Annahme meines dringlichen Antrages
(*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Gesek** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Pavlovec-Meixner! Deinen Antrag in Ehren, aber wenn ich deinem dringlichen Antrag folge, lässt er vermuten, dass die Kleingartenbewegung in unserer Stadt noch in den Kinderschuhen steckt. Wahr ist vielmehr, dass die Kleingartenbewegung über eine hundertjährige Geschichte mit derzeit 31 Vereinen und mit einer Fläche von rund 750.000 Quadratmetern verfügt und wo wir im Jahre 2010 eine neue Gemeindeordnung und eine neue Gemeindeverordnung im Gemeinderat hier in diesem Hause beschlossen haben. Ich bin der Meinung, bevor wir etwas Neues erfinden, sollen wir uns in erster Linie an die vorhandenen Ressourcen wenden, so zum Beispiel an die des Österreichischen Zentralverbandes der Kleingärtner beziehungsweise an den Landesverband für Steiermark, die bereits über alle fach- und organisatorischen Ressourcen, die in deinem Antrag enthalten sind, verfügen. Die grüne Frau Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou hat dies bereits erkannt und mit dem Zentralverband in Wien solche Projekte verwirklicht, die von der Bevölkerung gut angenommen werden und auch funktionieren. Bevor ein solches Projekt unüberlegt erfolgt, gibt es aber auch noch, die Bewachung ins Kalkül zu ziehen. Der Präsident des Landesverbandes Ing. Walter Wusche hat mir versichert, dass er gerne bereit ist, mit der grünen Fraktion die Wünsche deines dringlichen Antrages, wenn du an ihn herantrittst, aufzugreifen. Ich darf dir die Statuten des Zentralverbandes und des Landesverbandes der Kleingärtner und Siedler Österreichs überreichen, wo alle deine Wünsche bereits vorhanden sind. Die ÖVP-Fraktion wird daher der Dringlichkeit und dem Antrag ihre Zustimmung versagen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Werte Kollegen und Kolleginnen! Ich mache es ganz kurz, ich möchte dir ganz ausdrücklich danken für den Antrag, du hast wirklich sehr schön die Problemstellungen, vor die sich viele Gemeinschaftsgärtner und -gärtnerinnen gestellt fühlen, aufgefasst und ich kann euch nur versichern, von der KPÖ gibt es da in Dringlichkeit und Inhalt vollste Unterstützung. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Also ich muss als Erstes sagen, dass das überhaupt nicht stimmt, liebe Gerda, ich habe da geschrieben, was als Kleingartenwesen in Heimgartenvereinen und privaten Gärten begann, hat mittlerweile eine lange Tradition und erlebt seit einigen Jahren eine Renaissance. Das steht da, das stimmt überhaupt nicht, dass ich das nicht gesagt habe. Ich bin irgendwie überrascht, ich habe es mir aber fast erwartet. Ich weiß nicht genau, in welcher Welt ihr lebt, ihr werdet es nicht stoppen können. Ich bin von der ÖVP sehr überrascht, der Herr Bürgermeister hat das im Naturschutzbeirat im Juli 2013 zur Chefsache erklärt, das Urban Gardening, es ist nichts passiert, es war von einem Gartenprojekt die Rede im Zusammenhang mit dem Parkpflegewerk, es ist nichts weitergegangen, er wollte ein Projekt in Auftrag geben, er hat ein Angebot bekommen für dieses Projekt im Frühherbst, es hat einfach keine Reaktion gegeben. Im Naturschutzbeirat am vergangenen Dienstag hat dann der Amtsleiter der eigentlich zuständigen Abteilung für Grünraum und Gewässer erklärt, dass er davon abrätet, das in der Stadt zu

verankern, ich weiß nicht, wo die Leute hingehen sollen. Ich weiß es wirklich nicht, sie haben Probleme bei der Flächenwidmung, oft einfach brauchen sie Unterstützung, was einfach Material betrifft, das alles sind keine Ansprechstellen in der Stadt und ich bin auch von der SPÖ sehr überrascht, nachdem ich weiß, dass die Waltraud, die Frau Kollegin Waltraud Haas-Wippel, ja auch einen Antrag gemacht hat, der zwar nicht so umfassend war, aber wo es um die Bereitstellung von Flächen gegangen ist. Es ist nichts passiert, es ist zwei Jahre her, die Stadt Graz hat keine einzige Fläche für Urban Gardening zur Verfügung gestellt und ich bin wirklich überrascht, dass Ihnen das so egal ist. Wir haben gerade vorher von der Frau Vizebürgermeisterin gehört, dass es wichtig ist oder ihren Appell gehört, bitte denken Sie an die Menschen. Ich weiß nicht, warum Sie hier nicht an die Menschen denken. Es sind Leute, die sozial benachteiligt in diesen Gärten Unterstützung bekommen, die ein Miteinander erleben, das sind Menschen mit Migrationshintergrund, die ein unglaubliches Know-how haben, was Gärtnern betrifft, das prallt alles an Ihnen ab. Es ist wirklich sehr, sehr schade, aber Sie haben sich da sicher nichts Gutes getan bei den Gärtnerinnen und Gärtnern, weil die werden das sehr wohl wahrnehmen. Einige sind ja, Gott sei Dank, auch zu Besuch und ich kann ihnen nur versichern, wir werden an dem Thema dranbleiben (*Applaus Grüne*).

10) Dringende Erhöhung der Stellplätze in Graz für Einspurige

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, Stadtrat Eustacchio ist gerade nicht da, ich wollte mich noch einmal bedanken, auch beim Philipp, die du heute eingebracht hast, wo man jetzt schon gesehen haben, dass man einen schönen Ansatz in die richtige Richtung gehen, vielleicht einen gemeinsamen

am 12. März, werden wir schauen, was da vorgeschlagen wird, welche Bereiche da vorgeschlagen werden. Aus meiner Sicht ist es noch zuwenig und deswegen auch der dringliche Antrag. 2013 war Graz glücklicherweise wieder die fahrradfreundlichste Stadt von Österreich. Sollte sicher ein Ziel sein, dass wir 2014 das wiederum erreichen und uns vielleicht sogar noch verbessern. Was definitiv merkbar ist in einer Stadt wie Graz, die sehr divers ist, wir haben jetzt auch Lastenfahrräder immer mehr auf den öffentlichen Flächen zu sehen, wir haben eine Förderung für Lastenfahrräder, die müssen aber auch irgendwo abgestellt werden. Dementsprechend brauchen natürlich auch Lastenfahrräder eigene Abstellmöglichkeiten. Wir haben Elektrofahrzeuge, wir haben immer mehr, also Graz als Modellregion der E-Mobility natürlich, wir haben Elektrofahrzeuge in Graz angemeldet, die auch wo laden müssen, einerseits Fahrräder, andererseits natürlich Elektromotorräder. Was wir natürlich sehr positiv sehen sollten, weil das natürlich eine dementsprechende Senkung von CO₂-Emissionen ist. Wir haben extrem steigende Anmeldungszahlen gerade im Bereich der Kleinmotorräder, sind fast 30 % im Vergleich von 2013 auf 2013 und allein im Jänner von 2014, wo man eigentlich gar nicht glaubt, dass viele Leute sich im Jänner Motorräder anschaffen, ist es eine Steigerung von 14 % gegenüber dem Vorjahr. Das heißt, ganz, ganz dringend da hier auszubauen, um auch natürlich den Verkehr zu entlasten und die Umwelt zu entlasten, damit noch mehr Menschen auf Fahrräder, auf Elektrofahrräder, auf Elektromotorräder und natürlich auch normale Motorräder umsteigen können und deswegen bitte ich um Annahme dieses dringlichen Antrages, dass wir da hier gemeinsam dementsprechende Maßnahmen setzen, um die Situation da in Graz zu verbessern. Dankeschön.

GR. Dr. **Hofer** zur Dringlichkeit: Lieber Philip, du hast schon gesagt, das ist anscheinend ein Philipp-Thema. Zur Frage jetzt auch der dringliche Antrag, du hast jetzt, sage ich, von den motorisierten Einspurigen noch erweitert auf die Fahrräder,

das war damals im Juli, wie ich die Frage an den Verkehrsstadtrat schon gestellt habe, mit auch im Hintergrund, dass man für alle geordnete Parkplätze finden. Die Entwicklung oder der Trend, ich finde ihn sehr positiv, wir haben sowieso viel zu wenig Kfz-Parkplätze in der Stadt und wenn da Leute wirklich die Möglichkeit nutzen, umzusteigen auf Einspurige, sei es jetzt ein Fahrrad, sei es ein Moped, sei es ein Motorrad. Ich finde das sehr positiv, dem müssen wir natürlich auch Rechnung tragen, dass man auch geordnet diese Fahrzeuge oder Fahrräder dort auch abstellen kann. Die Zahl, die ich damals im Juli noch gehabt habe, war plus 13 %, jetzt sagst du ist es sogar noch plus 27 %. Ist eine tolle Entwicklung, man sieht, dass sich da anscheinend sehr, sehr viel tut. Wie du auch schon erwähnt hast, gibt es sehr positive Zeichen vom Verkehrsstadtrat Eustacchio auch, dass da was gemacht wird und es soll heuer ja auch schon ein Ergebnis geben. Das würde mich und anscheinend dich und hoffentlich auch viele andere bei uns im Gremium sehr freuen und ich kann dir nur die Unterstützung zur Dringlichkeit und auch zum Inhalt der ÖVP auch zusichern und würde mich sehr freuen, wenn wir bald eine ordentliche Parkplatzsituation auch für Einspurige haben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller! Ja, danke den beiden Philipps, ihr habt das schon zusammengefasst. Es ist zwar nicht dringlich, das schicke ich gleich voraus, weil es geschieht ja bereits. Der Herr Verkehrsstadtrat hat sich heute auch schon zu Wort gemeldet zu dem Thema. Es werden sowohl Kurzparkzonen als auch grüne Zonen alle zwei Jahre evaluiert. In diesem Zusammenhang wird auch immer überprüft, wo Bedarf an Stellplätzen für einspurige Fahrzeuge vorhanden ist, das wird bereits erhoben. Es werden auch über die Bezirksräte immer wieder Anträge gestellt, die werden dann durch das Straßenamt geprüft und dort, wo eben Bedarf besteht, werden sie auch eingerichtet. In der inneren Stadt, haben wir heute gehört vom

Herrn Verkehrsstadtrat, werden zusätzliche Parkplätze ab März entstehen und ansonsten, eben die Dringlichkeit ist nicht gegeben, weil wenn Wünsche bestehen, direkt bitte an die Ämter sich wenden. Es wird dort überprüft und der Antrag ist eigentlich obsolet, weil der Intention wird ohnehin schon nachgegangen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Wenn ich schon einmal zu Wort komme, dann ein kurzes Schlusswort schon. Ich sehe die Dringlichkeit trotzdem, lieber Kollege, nämlich aus dem Grund, weil wir haben jetzt die Möglichkeit, dass wir wirklich da gemeinsam sozusagen an einem ganzen Maßnahmenpaket eigentlich arbeiten und dann alle Grazerinnen und Grazer von dem nutzen lassen sollten. Deswegen sehe ich da die Dringlichkeit definitiv schon, aber soweit ich so es vom groben Durchzählen gesehen habe, sollte sich das eh recht gut ausgehen. Deswegen sage ich schon einmal dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Dreisiebner** zum Antrag: Nur ganz kurz, ich will das Ganze nicht in die Länge ziehen, nur Kollege Lohr sagt, es passiert alles, es wird evaluiert und es wird angeschaut und es wird dann umgesetzt. Bloß es scheint nach wie vor ein ganz großes Defizit und zwar ein größeres Defizit im Bereich der Thematik Abstellungsmöglichkeiten und Parkmöglichkeiten für Einspurige, motorisiert wie nicht motorisiert, zu geben, als es das Thema Auto in vielen Straßen offensichtlich, auch ich gehe ja durch diverse Straßen, gibt und deswegen unterstützen wir diesen Antrag vollinhaltlich. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.